

**6. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Donnerstag, 26. Oktober 2006  
im Tell-Saal, Ostermündigen**

**Beginn: 17.00 Uhr**

**Schluss: 21.55 Uhr**

---

<b>Vorsitz:</b>	Erich Blaser	(SVP)	1
<b>Stimmzählende:</b>	Maria Anna Baumann	(SP)	1
	Markus Truog	(SVP)	1
<b>Anwesend:</b>	Claudine Basler ( <i>ab 18.15 - 21.35 Uhr</i> ), Aziz Dogan, Rudolf Kehrli, Rudolf Mahler, Mevlude Nesimi, Marianne Neuenschwander, Norbert Riesen ( <i>ab 17.05 Uhr</i> ), Roger Schär, Andreas Thomann, Regula Unteregger, Rudolf Wiedmer	(SP)	11
	Hans-Rudolf Hausammann, Ernst Hirsiger, Christoph Künti, Patrik Lüthy, Alikei Maria Panayides, Beat Weber	(SVP)	6
	Markus Egger, Heinz Gfeller, Marco Krebs, Philipp Marti, Peter Wegmann	(FDP)	5
	Renate Bolliger, Bruno Schröter, Rahel Wagner	(EVP)	3
	Franz Kälin	(CVP)	1
	Walter Bruderer, Marco Mantarro, Michael Meinhofer	(FORUM)	3
	Daniel Kirchhofer	(SD)	<u>1</u>

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 26. Oktober 2006

---

- Vertreter des Gemeinderates:** Gemeindepräsident Christian Zahler, Annagreth Friedli (*ab 17.20 Uhr*), Thomas Iten, Egon Julmi, Ursula Lüthy, Peter Suter, Thomas Werner  
Gemeindeschreiberin Marianne Meyer
- Entschuldigt:** **Mitglieder des Grossen Gemeinderates**  
Thomas Christen, Philippe Gerber, Lucia Müller, Eduard Rippstein, Meta Stäheli Ragaz  
**Mitglieder des Gemeinderates**  
Ursula Norton, Urs Rüedi
- Unentschuldigt:** **Mitglieder des Grossen Gemeinderates**  
Theo Lutz, Rupert Moser
- Protokoll:** Jürg Kumli, Gemeindeschreiber-Stv.

***Anmerkung des Ratssekretärs:***

**Abmeldungen für die GGR-Sitzungen** sind weder an den Ratspräsidenten oder die -präsidentin, noch an die Fraktionspräsidentin oder -präsidenten, noch sonst an einer Ratskollegin oder einem Ratskollegen mitzuteilen.  
Entschuldigungen nimmt **ausschliesslich der Ratssekretär entgegen!**

## G E S C H Ä F T E

67	P Protokoll-Genehmigungen	<b>Protokoll der 5. Sitzung des GGR vom 7. September 2006; Genehmigung</b>	<b>249</b>
68	20.200 Allgemeines	<b>Prognose der Gemeindeentwicklung; Grundlage für den Finanzplan - Kenntnisnahme</b>	<b>250</b>
69	20.101 Jahresvoranschläge	<b>Voranschlag der Laufenden Rechnung 2007 mit Festlegung der Steueranlagen und der Hundetaxe; Genehmigung</b>	<b>254</b>
70	20.200 Allgemeines	<b>Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2007 - 2011; Genehmigung</b>	<b>265</b>
71	10.372 Motionen 40.117 Wanderwegnetz, Allgemeines	<b>Projekt „Wege zu Klee, Teil Ost“ - Kreditabrechnung</b>	<b>275</b>
72	30.471 Wehrdienstmagazin Forelstrasse 56	<b>Feuerwehrmagazin Forelstrasse 56; Sanierung der Gebäudehülle - Kreditabrechnung</b>	<b>277</b>
73	10.373 Postulate 30.322 Sport- und Spielplätze, Freizeitanlagen 30.489 Mehrzweckhalle	<b>Postulat der CVP-Fraktion betreffend Mehrzweckhalle zwischen Bolligenstrasse und Forelstrasse sowie Verlegung der Sportplätze vom Oberfeld dorthin; Begründung</b>	<b>278</b>
74	10.374 Interpellationen	<b>Interpellation der FORUM-Fraktion betreffend Eisenbahnlärm; Begründung und Beantwortung</b>	<b>284</b>
75	10.372 Motionen 10.11 Reglemente Gemeinde	<b>Motion der SVP-Fraktion betreffend Verfassen eines Reglements über die Verwendung der Einnahmen aus der Abschöpfung von Planungsvorteilen (Mehrwertabschöpfung); Begründung</b>	<b>288</b>
76	10.372 Motionen 50.812.2 Verkehrsregelung; bei Anlässen	<b>Motion der SVP-Fraktion betreffend drohendes Verkehrschaos rund um die EURO 08 verhindern; Begründung</b>	<b>292</b>

77	10.372 Motionen 10.443 Liegenschafts- und Landverkäufe 30.461 Restaurant Tell	<b>Motion der SVP-Fraktion betreffend TELL verkaufen; Begründung</b>	<b>297</b>
78	10.373 Postulate 42.243 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Unterhalt 42.313 Abwasseranlagen; Unterhalt	<b>Überparteiliches Postulat betreffend Konzept und Rahmenkredit für die Sanierung des Leitungsnetzes; Begründung</b>	<b>304</b>
79	M Mitteilungen	<b>Personen- und Objektsicherheit in Schulanlagen; Stand der Abklärungen mit der GVB - Orientierung des Gemeinderates</b>	<b>307</b>
80	10.372 Motionen 10.2340 Internet / früher 10.1115*	<b>Motion der EVP-Fraktion betreffend Neugestaltung der Internet-Homepage der Gemeinde Ostermundigen; <i>parlamentarischer Neueingang</i></b>	<b>309</b>
81	10.373 Postulate	<b>Postulat der FORUM-Fraktion betreffend die Beschaffung von Fremdgeld bei der eigenen Bevölkerung; <i>parlamentarischer Neueingang</i></b>	<b>310</b>
82	10.374 Interpellationen 10.2203 Arbeitszone „Mösli“	<b>Interpellation der FORUM-Fraktion betreffend der Arbeitszone Mösli; <i>parlamentarischer Neueingang</i></b>	<b>312</b>
83	10.375 Einfache Anfragen 30.131 Drahtfernsehnetz	<b>Einfache Anfrage Daniel Kirchhofer (SD) betreffend Rüti-Tram; <i>parlamentarischer Neueingang</i></b>	<b>314</b>
84	10.375 Einfache Anfragen 10.2013 Tram, BernMobil (SVB)	<b>Einfache Anfrage Michael Meienhofer (FORUM) betreffend die zukünftige Bewirtschaftung des Kabelnetzes (Cablecom) auf Gemeindegebiet; <i>parlamentarischer Neueingang</i></b>	<b>315</b>

**Ratspräsident:** Ich begrüsse alle Anwesenden zur 6. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer und die Pressevertreterinnen und -vertreter willkommen.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Es sind **31** Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

#### **Mitteilungen des Ratspräsidenten:**

- ① Gestützt auf Artikel 33 der Geschäftsordnung des GGR nimmt Herr Stefan Lanz, Abteilungsleiter Finanzen/Steuern, zur Auskunftserteilung zu den Traktanden 69 (Budget 2007) und 70 (Finanzplan) an der heutigen Sitzung teil.
- ① Nach dem Traktandum 70 (Finanzplan) findet eine ¼-stündige Erfrischungspause statt.
- 1
- ① Der Ratssekretär nimmt die An- und Abmeldungen für den Ratsausflug vom 10. November noch bis am 27. Oktober 2006 entgegen. Bis heute haben sich bereits 28 Personen angemeldet.
- ① Das provisorische Sitzungsdatum vom 16. November wird gestrichen. Die nächste Sitzung findet gemäss Terminplan am **14. Dezember 2006** statt.
- ① Im Anschluss an die heutige Sitzung treffen wir uns im Restaurant Schlüssel.

#### **Traktandenliste:**

**Regula Unteregger (SP):** Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass der Sitzungsbeginn 17.00 Uhr für uns ein zeitliches Problem darstellt. Ich möchte den Ratspräsidenten eindringlich bitten, den Sitzungsbeginn nicht zu früh anzusetzen.

**Ratspräsident:** Mit den heute zahlreich zu behandelnden Traktanden war es mir nicht möglich, den Sitzungsbeginn später anzusetzen. Ich werde mir Mühe geben, die Dezembersitzung eventuell erst um 18.00 Uhr zu starten.

- Traktandum Nr. 71: Finanzkommission; Ersatzwahl  
Auf Wunsch der SP-Fraktion wird das Geschäft erst an der nächsten GGR-Sitzung behandelt.
- Traktandum Nr. 79: Orientierung des Gemeinderates  
Personen- und Objektsicherheit in Schulanlagen; Stand der Abklärungen mit GVB (Sprecher E. Julmi)

---

<sup>1</sup> Norbert Riesen (SP) nimmt ab 17.05 Uhr an der Sitzung teil. Es sind **32** Ratsmitglieder anwesend.

*Parlamentarische Neueingänge*

- Traktandum 80: Motion der EVP-Fraktion betreffend Neugestaltung der Internet-Homepage der Gemeinde Ostermundigen
- Traktandum 81: Postulat der FORUM-Fraktion betreffend die Beschaffung von Fremdgeld bei der eigenen Bevölkerung
- Traktandum 82: Interpellation der FORUM-Fraktion betreffend der Arbeitszone Mösli
- Traktandum 83: Einfache Anfrage Daniel Kirchhofer (SD) betreffend Rüti-Tram
- Traktandum 84: Einfache Anfrage Michael Meienhofer (FORUM) betreffend die zukünftige Bewirtschaftung des Kabelnetzes (Cablecom) auf Gemeindegebiet

Zur Traktandenliste liegen keine Wortbegehren mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Die Traktandenliste wird unter Berücksichtigung der vorerwähnten Ergänzungen genehmigt.

67 P Protokoll-Genehmigungen

**Protokoll der 5. Sitzung des GGR vom 7. September 2006; Genehmigung**

Es liegen keine Wortbegehren vor. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Das Protokoll der 5. Sitzung des GGR vom 7. September 2006 wird genehmigt.

68 20.200 Allgemeines

### **Prognose der Gemeindeentwicklung; Grundlage für den Finanzplan - Kenntnisnahme**

**Ratspräsident:** Bei diesem Geschäft können keine Änderungsanträge eingereicht werden.

**Regula Unteregger (SP):** Die SP-Fraktion nimmt vom vorliegenden Papier dankend Kenntnis. Wir möchten dem Gemeinderat eine Anregung mit auf den Weg geben. In der Botschaft kann nachgelesen werden, dass, wenn die Einwohnerzahlen nicht wie gewünscht ansteigen, weitere Grünzonen eingezont werden sollen. Im Rahmen des Ortsentwicklungskonzeptes wurden bereits Überlegungen in diese Richtung vorgenommen. Die neuen Wohngebiete werden ab ca. 2008/2009 bezugsbereit sein. Für den Gemeinderat ist für Neueinzonungen somit keine Eile geboten.

**Peter Wegmann (FDP):** Diese Botschaft steht klar im Zusammenhang mit den nachfolgenden Geschäften Nr. 69 und 70. Darum vorweg den besten Dank für das aufwändige und an sich transparente Dokument. Die zitierten Kennzahlen offenbaren es deutlich: In den letzten 6 Jahren hat sich der durchschnittliche Steuereingang pro neu erstellte Wohnung im Vergleich zum Gesamtdurchschnitt verbessert, was berechtigte Hoffnung aufkommen lässt. Richtig ist ebenso, dass in einigen Entwicklungsgebieten im Verlauf des letzten Jahres wesentliche und deutliche Fortschritte erzielt worden sind.

Der spezifisch erhoffte Bevölkerungszuwachs lässt immer noch auf sich warten. Diesbezüglich obliegt seit dem Jahre 2000 absolute Stagnation und dies trotz den mittlerweile endlich realisierten 155 Neuwohnungen. Hinzu kommt, dass bekanntlich als Folge des schleppenden Verlaufs, diverse potente Steuerzahlende unsere Gemeinde verlassen haben - und dies ist schlecht!

Dafür sind kinderreiche, vornehmlich Ausländerfamilien zugezogen. Dies ist an sich erfreulich. Zumal sich damit aktives Leben wie auch Völkerverbundenheiten mitverbinden. Leider bedeutet dies aber für unseren Finanzhaushalt keine echte Hilfe. Zumal zwangsläufig aus diesen Kreisen nur bescheidene Steuererträge erwartet werden können.

Als Fazit bedeutet dies, dass wir zwar tendenziell auf dem richtigen Weg sind. Diese Erkenntnis alleine genügt aber bei weitem nicht. Als Hauptproblem offenbart sich vorab unsere aktuelle, äusserst ungünstige und damit schwierige Bevölkerungsdurchmischung, zumal sich der Lastenausgleich nicht in jedem Falle kostenneutral auswirkt.

Die Ursachen, welche zu dieser Problemsituation geführt haben, liegen auf der Hand. Einerseits obliegen in unserer Gemeinde seit Jahren zu viele an sich sanierungsbedürftige und damit preislich unter dem allgemeinen Durchschnitt dotierte Alt-

bauwohnungen, was natürlich bedürftigen Bevölkerungskreisen entgegen kommt. Andererseits leiden wir massiv unter der schleppenden Realisierung bezüglich den in der Botschaft zitierten neuen Bauvorhaben.

Es ist klar: Ein Prozess zur Veränderung der Bevölkerungsdurchmischung kann nicht von heute auf morgen realisiert werden. Dies braucht seine Zeit. Die Fraktion der FDP betrachtet darum die vorliegende Botschaft wie auch den nachfolgenden Finanzplan als allzu optimistisch. Wir befinden uns auf dem richtigen Weg aber noch lange nicht am Ziel.

Fazit: Es gilt vorerst weiterhin den Gürtel eng zu schnallen und uns auf das Wesentliche zu konzentrieren. Oder mit anderen Worten: Nicht eine „Pergola-Bernstrasse“, sondern die umgehende Realisierung der neuen Wohnsiedlungen hat erste Priorität.

Was uns im Weiteren bei dieser Botschaft stört, ist der Sachverhalt, dass die uns vorliegenden Unterlagen unter dem Titel „Prognose zur Gemeindeentwicklung“ lediglich den Wohnungsbau als Zielsetzung zitiert. Zu einer Gemeindeentwicklung gehört bekanntlich nicht nur der Wohnungsbau. Köniz hat zum Beispiel vor wenigen Wochen ein sehr umfassendes und damit überzeugendes Konzept zur Gemeindeentwicklung präsentiert. Wobei unter anderem insbesondere auch die Bestrebungen zur Realisierung von neuen Arbeitsplätzen stark gewichtet werden. Letzten Endes sind auch solche Massnahmen zur Realisierung von einer Bevölkerungszunahme nicht matchentscheidend, aber doch mitbedeutend.

Ich erwähne dies hier insofern bewusst, weil nicht nur wie vorerwähnt potente Steuerzahlende unserer Gemeinde den Rücken zugekehrt haben, sondern ebenso Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe. Es stimmt doch sehr bedenklich, dass zum Beispiel die Firmen Intersport und die Metzgerei Spahni als lang eingesessene Unternehmen in unmittelbarer Nähe - aber eben in einer anderen Gemeinde - Neubauten errichten. Und dies wie zu vernehmen war unter Zugeständnissen von Sonderprivilegien.

Die FDP-Fraktion ist deshalb der Auffassung, dass zukünftig auch solche Eckdaten in die vorliegende Botschaft gehören. Es kann ja wohl nicht sein, dass Ostermundigen den Status einer Schlafgemeinde anstrebt. Folglich gilt es, auch bezüglich Wirtschaftsstandort mit klaren Zielsetzungen, marketinggerecht und zeitgemäss zu agieren. Zumal sich auch mit solchen Eckdaten wichtige Attraktivitäten und Perspektiven mitverbinden. Sollten diese Bereiche bereits im in Bearbeitung stehenden Ortsentwicklungskonzept wahrgenommen werden, sind wir sehr gespannt, was denn letzten Endes dabei heraus kommt.

**Christoph Künti (SVP):** Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Ausarbeitung der Gemeindeentwicklungsprognose. Die Prognose ist aus unserer Sicht als Aufzählung der verschiedenen Bauaktivitäten resp. Bauabsichten hilfreich. Wir fragen uns - wie auch der Vorredner - jedoch, ob nicht dazu dringend flankierende Massnahmen in Betracht gezogen werden müssten, um die Verschiebung resp. Verzögerung von Projekten aufzufangen?

Wir erachten es als gefährlich, die Gemeindeentwicklung lediglich auf die Bautätigkeiten abzustützen, ohne dabei ebenfalls die Ausgaben, Investitionsseite oder andere Einnahmequellen zu betrachten. Wir wünschen uns vom Gemeinderat eine etwas breitere Betrachtung der Gemeindeentwicklung.

**Walter Bruderer (FORUM):** Die Botschaft ist wertvoll. Wir sind froh, dass es dieses Traktandum als wichtige Grundlage für die FIPLA gibt. Auf ein paar Aspekte möchten wir noch aufmerksam machen:

In der Botschaft (Seite 5) ist unter „Flurweg Ost“ immer noch vom individuellen Bauen die Rede. Kunststück: Die Debatte im Parlament ist ausschliesslich von 25 bis 45 Ein- + Zweifamilienhäusern ausgegangen. Das Projekt sieht jetzt total anders aus. Auch bei der Planung der „Industriezone Mösl“ bestehen zwischen „Soll und Ist“ grosse Unterschiede. Wann wird übrigens der Ersatz für den viel begangenen Fussweg von der Forelstrasse zur Waldau gebaut? Ich vermute erst zuletzt. Heute steht nehmen dem Werkhof eine Barriere. Viele FussgängerInnen werden auf die linke oder rechte Strassenseite entlang der Unteren Zollgasse gezwungen. Solchen Einbussen ist grössere Priorität zukommen zu lassen.

Unsere Bitte an den Gemeinderat, er soll sich künftig an seine schriftlichen und mündlichen Äusserungen halten! Uns interessiert, wo in Ostermundigen individuell gebaut werden kann. Sinnvoll könnte es sein, dieses Ziel in der noch umstrittenen „Hättenberg-Zone“ zu erreichen.

Auf Seite 2 ist die Rede von der Notwendigkeit weiterer Baulandeinzonungen. Bevor weiteres Grün fürs Bauen ausgeschieden wird, möchten wir verbindlich erfahren, ob nach der Realisierung der verschiedenen Überbauungen die Aufwände (wie versprochen) tief geblieben sind, bei gleichzeitig stark steigenden Steuererträgen.

Es ist von einem denkbaren Verwaltungszentrum (VZ) in der Küntigrube die Rede. Nötig ist, vor einem Vorentscheid vom Gemeinderat zu erfahren, welche Dringlichkeit und welche echten Vorteile die Exekutive für dieses neue VZ sieht, das angeblich „nur“ 13 Mio. Franken kosten wird.

Beim Wunsch der Bauherrschaft „Sonnenrain“ betreffend VZ in der Küntigrube könnte es ja sein, dass sie den problematischsten Teil der Grube inkl. Kreisel „grosszügig“ der Gemeinde überlassen will. Statt sich auf den nördlichen Teil der Grube zu konzentrieren, sollte darum der Bauherr zuerst den südlichen, anforderungsreicheren Teil der Grube überbauen.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Besten Dank für die Anregungen aus der Ratsmitte. In der Botschaft werden die Entwicklungsgebiete analysiert. Eine Beurteilung erfolgt nach dem heutigen Stand der Erkenntnisse. Die Botschaft soll als Grundlage für den Finanzplan dienen. Das Schwergewicht liegt beim Wohnungsbau. Der Wohnungsbau zieht die Steuerzahlenden an und die Steuererträge können somit am besten abgeschätzt werden. Bei den Arbeitsplätzen wird keine Berechnung bis

auf Stufe Arbeitsplatz vorgenommen. Hier kann keine Ableitung zu den Steuereinnahmen vorgenommen werden. Die Entwicklung der Arbeitsplatzzahlen ist jedoch dem Gemeinderat nicht gleichgültig. In den Legislaturzielen wurde festgehalten, dass der Gemeinderat ein grösseres Arbeitsplatzwachstum anstrebt. Angaben zur AZ Mösli und ESP Bahnhof können der Botschaft entnommen werden. Im Oberfeld sind zum Teil auch gemischte Zonen geplant, die Anzahl Arbeitsplätze kann aber noch nicht prognostiziert werden.

Die Botschaft stellt kein Leitbild oder Entwicklungskonzept dar. Sie dient lediglich als Grundlage für den Finanzplan. Die finanziellen Schwerpunkte werden im Finanzplan festgehalten.

Zur Anregung betreffend neue Einzonungen kann ich den GGR beruhigen. Es ist nicht die Meinung des Gemeinderates, weitere Grünzonen zu überbauen. Es soll lediglich darauf hingewiesen werden, dass für die Erreichung der Einwohnerzahl von 18'000 nach den heutigen Erkenntnissen zusätzliche Einzonungen vorgenommen werden müssen. Diese Frage hat letztendlich der GGR zu beantworten. Das Postulat der Ortsplanungsrevision dient zum Grundlagenentscheid. Weitere Einzonungen haben Änderungen des Zonenplans zur Folge. Ich möchte auch noch auf den zeitlichen Rahmen für Neueinzonungen hinweisen. Im Oberdorf haben erste Überlegungen in Form einer Wettbewerbs bereits im Jahre 1990 stattgefunden. In der GR-Klausur 1999 wurde der Entscheid gefasst, Umzonungen vorzunehmen und heute kann gebaut werden.

Wir müssen in den heute überbauten Gebieten mit einem Bevölkerungsrückgang rechnen. Neue Quartiere und Überbauungen werden notwendig sein, um den Bevölkerungsrückgang auffangen zu können. Von einem Wachstum kann heute noch nicht gesprochen werden. Es darf jedoch erfreut festgestellt werden, dass in sieben von acht Entwicklungsgebieten wesentliche Fortschritte gegenüber dem Vorjahr erzielt worden sind.

**Ratspräsident:** Über den Antrag des Gemeinderates ist abzustimmen. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Die prognostizierte Gemeindeentwicklung wird zur Kenntnis genommen.

69 20.101 Jahresvoranschläge

### **Voranschlag der Laufenden Rechnung 2007 mit Festlegung der Steueranlagen und der Hundetaxe; Genehmigung**

**Ratspräsident:** Zuerst wird die Botschaft und anschliessend der Voranschlag departementsweise beraten. Änderungsanträge gemäss Art. 38 der GO des GGR können unter Angaben von Kontonummer und Seitenzahl gemeldet werden. Über die Postulate gemäss Art. 53 Abs. 3 GO des GGR wird sofort abgestimmt.

**Gemeinderätin Ursula Lüthy (GB/SP):** Der Gemeinderat würde euch heute gerne einen Voranschlag mit einem Ergebnis in den schwarzen Zahlen präsentieren. Doch es ist nicht so. Ihr kennt die Zahlen: Bei einem Aufwand von knapp 87 Mio. Franken und einem Ertrag von 84,6 Mio. Franken resultiert ein Aufwandüberschuss bzw. ein Defizit von knapp 2,4 Mio. Franken. Dieser Aufwandüberschuss kann durch das Eigenkapital von 12,3 Mio. Franken gedeckt werden. Der Gemeinderat ist davon überzeugt, dass dieser Voranschlag richtig und vertretbar ist und beantragt dem Parlament, das Budget so zu genehmigen. Ich möchte euch die Position des Gemeinderats kurz begründen.

Es geht darum, für unsere Einwohnerinnen und Einwohner die notwendigen Leistungen zu erbringen und unsere Gemeinde zu entwickeln und damit zu attraktivieren. Die Aufwendungen sind so knapp wie möglich budgetiert worden. Der grösste Teil der Aufwendungen (ca. 96 %) sind gebundene Ausgaben, die von der Gemeinde geleistet werden müssen.

Bei der ersten Lesung des Entwurfs des Budgets war der Gemeinderat entschieden der Meinung, dass dieses so nicht dem Parlament vorgelegt werden könne, sondern insbesondere der Sachaufwand um mindestens Fr. 600'000.-- gekürzt werden müsse. Die Haltung des Gemeinderats wurde von der Finanzkommission gestützt.

Es ist an der Budgetsitzung vom 22. August 2006 gemeinsam mit den Abteilungsleitern tatsächlich gelungen, den Sachaufwand um gut Fr. 600'000.-- zu kürzen. Es war ein hartes und zähes Ringen. Das noch vertretbare Minimum ist nun erreicht. Falls Zweifel daran und Fragen dazu bestehen, können sie in der Detailberatung geklärt und beantwortet werden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich sagen, dass auch die Finanzkommission hinter dem Budget steht. Zwar mit einigem Zähneknirschen, aber in der Einsicht, dass es nicht anders möglich und so korrekt und richtig ist.

Auf der andern Seite die Erträge: Es besteht eine Ertragsschwäche bei den Steuereinnahmen. Die Steuererträge haben sich nicht so entwickelt, wie dies im Jahr 2004 noch vorgesehen war. Immerhin kann davon ausgegangen werden, dass sich die Steuererträge dank der zu erwartenden positiven Gemeindeentwicklung stabilisieren und sich mittel- und langfristig verbessern werden.

Wie in den früheren Jahren auch, kann der Gemeinderat vorgängig zu der Debatte über den Voranschlag im Grossen Gemeinderat einen Trend zur Jahresrechnung des laufenden Jahres bekannt geben.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 26. Oktober 2006

---

Der Voranschlag 2006 weist - bei einem Aufwand von 84,9 Mio. Franken und einem Ertrag von 82,6 Mio. Franken - einen Aufwandüberschuss, ein Defizit von 2,3 Mio. Franken aus.

Aufgrund der bis heute vorliegenden Daten darf erfreulicherweise festgestellt werden, dass das definitive Ergebnis der Rechnung 2006 wahrscheinlich besser ausfallen wird als budgetiert. Eine aktuelle Auswertung geht davon aus, dass die Rechnung um etwa 1 Mio. Franken besser abschliessen könnte, so dass der Aufwandüberschuss schlussendlich nur etwa 1,3 Mio. Franken betragen würde. Die Verbesserungen sind auf der Aufwand- und Ertragseite mit je rund einer halben Million Franken gleichmässig eingetreten.

Die Ausgaben für das Personal liegen um Fr. 150'000.-- unter dem Budget. Es sind nicht alle vorgesehenen Stellen besetzt oder später belegt worden als angenommen. Bei dem Sachaufwand können auch etwa Fr. 150'000.-- Einsparungen gemacht werden. Die Abschreibungen werden um Fr. 200'000.-- tiefer ausfallen, da nicht alle Investitionen in dem vorgesehenen Umfang wie z. B. die für das Schulhaus Rüti ausgeführt werden können. Die Beiträge an den Kanton für die Lehrerbesoldungen werden - infolge den Rückerstattungen aus dem Vorjahr um Fr. 200'000.-- tiefer ausfallen. Demgegenüber liegen die Kosten für den Lastenanteil an die Sozialhilfe um Fr. 200'000.-- über dem Voranschlag. Der Grund liegt in der immer noch anhaltenden Zunahme der Unterstützungsfälle.

Bezogen auf den Aufwand kann gesagt werden, dass die einzelnen Positionen für den effektiven Jahresabschluss ziemlich genau berechnet werden können, was für die Ertragsseite - besonders wegen den Steuererträgen - nicht möglich ist. Bei den Steuern werden insgesamt Mehrerträge von Fr. 250'000.-- erwartet. Bei den Einkommenssteuern der natürlichen Personen muss aber mit einem Minderertrag von Fr. 400'000.-- gerechnet werden. Die Budgetannahmen sind da etwas zu optimistisch getroffen worden.

Bedeutende Mehrerträge sind aber bei den Steuern der juristischen Personen möglich. Das betrifft einerseits die Gewinnsteuern und die Gemeindesteuerteilungen.

An Buchgewinnen werden rund Fr. 200'000.-- mehr vereinnahmt werden können. Diese lassen sich aus dem Verkauf der Parzellen aus dem Oberen Chaletweg realisieren.

Ich hoffe, mit diesen Angaben gedient zu haben, freue mich auf eine konstruktive und sachliche Budgetdebatte.

**Ratspräsident:** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

**Walter Bruderer (FORUM):** Mein Referat habe ich dem Parlament in schriftlicher Form abgegeben. Auf der Vor- und Rückseite habe ich meine Bemerkungen und Anträge zum Budget und Finanzplan festgehalten. Auf dem blauen Blatt kann das un-

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 26. Oktober 2006

---

selbständige Postulat, welches in der Detailberatung erwähnt wird, nachgelesen werden.

Vor einem Jahr hat das Parlament unser Postulat zum Budget 2006 überwiesen; darin ist der Gemeinderat eingeladen worden, Massnahmen zu prüfen, um nachhaltig ausgeglichene Rechnungsabschlüsse sicher zu stellen und den Anteil vom Eigenkapital zum Gesamtkapital zu steigern. Mit Freude und Dank können wir feststellen, dass die Investitionen vermehrt auf den Cashflow ausgerichtet worden sind. Wir wissen auch, dass die Wasser-/Abwassergebühren drastisch erhöht worden sind. Ob aus den anderen Vorschlägen Positives entstanden ist, können wir nicht ableiten.

Ein Wort zu den Nachkrediten, die jedes Jahr in Millionenhöhe anfallen. Im Jahre 2004 sind es 7 Mio. Franken gewesen, bei trotzdem 1,8 Mio. Franken Überschuss in der Rechnung. Auch im Jahre 2005 sind - bei ausgeglichener Rechnung - 5,8 Mio. Franken Nachkredite nötig gewesen. Man könnte sich fragen, was das für das Budget 2007 und die folgenden Jahre konkret bedeutet. Ich weiss, dass andere ausserordentliche Erträge eingeflossen sind und bei vielen Positionen Minderaufwendungen oder Mehrerträge stattgefunden haben. Trotzdem müssen dem Parlament die hohen Summen von 1,8 resp. 5,8 Mio. Franken zu denken geben. Entweder wird zu grosszügig budgetiert oder wir sind allzu rasch bereit, solche Mehraufwendungen in Kauf zu nehmen. Der Gemeinderat sollte sich ein paar Überlegungen zu diesen Differenzen machen. Die rund 7 Mio. Franken machen ungefähr drei bis vier Steuerzehntel aus.

Da wir Defizitplanungen als problematisch einstufen, stimmen wir dem Budget nicht zu, lehnen es aber auch nicht ab; gewichtige Verbesserungsanträge können wir leider keine stellen. Ich hoffe, dass wir in der Detailberatung noch auf einzelne Punkte werden eingehen können.

**Christoph Künti (SVP):** Die SVP-Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat und bei der Verwaltung für die umfangreichen Unterlagen. Die Steigerung der Attraktivität der Gemeinde ist auch ein Anliegen der SVP. Nur sehen wir die Attraktivität vielleicht etwas anders als andere Parteien. Für uns sind gesunde Gemeindefinanzen etwas vom Wichtigsten für eine attraktive Gemeinde. Die SVP wird bei der nun folgenden Debatte viele Vorschläge zur Verbesserung des Voranschlages einreichen. Das Ziel von heute Abend ist eine klare Kürzung des Aufwandüberschusses auf den prognostizierten Wert aus dem Finanzplan von 2005, welcher mit Fr. 1'965'000.-- dargestellt wurde.

Dank den vorhin vernommenen Voten der Finanzvorsteherin zur Trendberechnung scheint die Rechnung 2006 mit 1,3 Mio. Franken fast beim Finanzplan prognostizierten Ziel von 1 Mio. Franken Aufwandüberschuss angekommen zu sein. Der Finanzplan gilt als Richtschnur und ist behördenverbindlich und sollte nicht pro Jahr um 0,5 Mio. Franken überschritten werden.

**Renate Bolliger (EVP):** Auch die EVP-Fraktion hat das Budget gründlich studiert. Auch wir bevorzugen ein ausgeglichenes Budget. Wir haben die Bemühungen des

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 26. Oktober 2006

---

Gemeinderates zu den Einsparungen erkannt. Die finanziell grossen Posten (z. B. Sanierung des Rütischulhauses) sind unserer Ansicht nach vorgegeben, dringend oder unumgänglich vorzunehmen.

Die EVP-Fraktion will nicht an kleinen Positionen Änderungen vornehmen. Des Weiteren wollen wir auch keinen Leistungsabbau. Die steigenden Kosten im Sozialwesen sind aber auch uns ins Auge gestochen. Dem Abteilungsleiter Soziales möchten wir noch für die detaillierten Ausführungen im GPK-Protokoll unseren Dank aussprechen. Das Problem scheint komplex zu sein und kann nicht mit einem Abbau des Personalaufwandes eliminiert werden.

Trotz der nicht ganz glücklichen Ausgangslage wird die EVP-Fraktion dem vorliegenden Budget 2007 zustimmen.

**Peter Wegmann (FDP):** An diesem Geschäft wird mit Sicherheit kein Mensch Freude haben. Dem Gemeinderat, Herrn Lanz und der Verwaltung, möchte ich für den Arbeitsaufwand und die Bemühungen zum sparen ein Dankeschön aussprechen. Im Grunde genommen sind die rund 2,4 Mio. Franken Defizit im Vergleich zum effektiven Sachverhalt ja noch harmlos. Es gilt nämlich zu bedenken, dass in diesem Päckli bereits Buchgewinne aus dem Finanzvermögen - ich verweise diesbezüglich auf Seite 43 im Voranschlag - von satten 2,4 Mio. Franken und eine massive, wohl nicht alltägliche Zunahme aus Vermögenserträgen (+ Fr. 528'000.-- bzw. + 13,67 %) mitberücksichtigt sind. Das bedeutet, dass unser Gemeindehaushalt im Jahre 2007 im Grunde genommen mit insgesamt rund 5,3 Mio. Franken überzieht. Dies ist ein Schreckensszenario, überrascht aber die FDP-Fraktion nicht wirklich.

Seit Jahren verweisen wir auf die kritische Situation in unserem Gemeindefinanzhaushalt. Selbst bei den vergangenen, guten Rechnungsabschlüssen haben wir immer gewarnt und darauf hingewiesen, dass wir die Kurve noch lange nicht erwischt haben. Wir leiden latent unter zu lange aufgeschobenen Zwangsbedürfnissen und zahlen nun den Preis für nicht mehr aufschiebbar Bewältigungen von Altlasten. Wir leiden aber auch unter leichtfertig erfüllten, zum Teil völlig unnötig realisierten Wunschbedürfnissen. Ich muss diese nicht näher kommentieren.

Vor allem aber leiden wir unter der schleppenden Entwicklung und der grundlegenden Problematik in unserer Gemeinde. Ich verweise diesbezüglich auf meine deutlichen Aussagen und Hinweise beim vorangehenden Traktandum Nr. 68. Es macht wenig Sinn, wenn ich all dies hier nochmals wiederhole.

Es ist bekannt, dass sich die FDP-Fraktion vornehmlich auf Strategien konzentriert. Dies ist auch heute der Fall. Wir werden darum auf Eintreten bei Einzelpositionen unter dem Vorbehalt von situativen Besonderheiten eigentlich verzichten. In einem Punkt sind wir aber nicht bereit zu verzichten. Nämlich vorweg beim Personal- und teilweise auch beim Sachaufwand. In diesem Punkt befürworten wir klar den vorliegenden Antrag der Finanzkommission und stellen darum ordnungshalber - quasi ergänzend dazu - den folgenden **Änderungsantrag (Nr. 1):**

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 26. Oktober 2006

---

*Der Gemeinderat wird beauftragt, auf der Basis der aktuell obliegenden und beschlossenen Stellenprozenten bis Ende Jahr 2008 eine Personalplafonierung vorzunehmen.*

*Stellen, welche von dritter Seite vollumfassend finanziert werden, sind von dieser Massnahme ausgeschlossen.*

*Des Weitern wird der Gemeinderat beauftragt, bei frei werdenden Stellen umfassend zu überprüfen, in wie fern sich diese mit der zukünftigen Verwaltungsorganisation gemäss Behördenreform weiterhin vereinbaren bzw. als zwingend notwendig erweisen.*

Dieser Antrag stützt sich nicht alleine auf unsere desolante Finanzsituation, sondern insbesondere auf den Sachverhalt, dass die Personalkosten in den letzten fünf Jahren völlig widerwärtig um satte 8,7% gestiegen sind. Dies steht in krassem Widerspruch zu unserer - notabene aktuell sinkenden - Bevölkerungsentwicklung. Vergleichsweise darf ich darauf hinweisen, dass z. B. in gleichem Zeitraum in Köniz mit minus 0,5 %, Muri mit minus 4,0 %, Worb mit minus 1,3 % und Bolligen mit 0 % agiert.

Ich bitte den Rat, diesen Änderungsantrag zu unterstützen, zumal sich dies absolut mit der bekanntlich noch zu behandelnden - unserer Gemeindefutur sehr bedeutend prägenden Behördenreform vereinbart. Eigentlich müsste man sogar bei einer Akzeptanz von diesem Antrag das vorliegende Budget global zurückweisen. Dies bringt unserer Auffassung nach nur bedingt etwas.

Altlasten können nicht einfach negiert werden. Hingegen gilt es die noch verbleibende Zeit zu nutzen und die Entwicklung unserer Gemeinde mit viel Tempo, Engagement, Verstand und Zuversicht anzugehen. Dazu verbleibt uns heute bestenfalls noch eine Gnadenfrist. Wenn man ausserdem bedenkt, dass uns mit dem Rechnungsabschluss 2006 voraussichtlich der nächste Schreck erwartet, ist es eigentlich bereits „fünf nach zwölf.“

Mit diesen Erkenntnissen und Zusammenhängen werden wir auch beim nachfolgenden Finanzplan noch entsprechend eintreten. Wir nehmen daher dieses Geschäft mit grossem Widerwillen zur Kenntnis.

**Norbert Riesen (SP):** Die SP-Fraktion möchte nicht wiederholen, was schon gesagt worden ist. Auf drei Punkte möchte ich noch speziell hinweisen:

1. Ausgaben

Vor einem Aspekt möchte ich den Rat warnen. In der Regel stehen die jüngsten und zuletzt beschlossenen Ausgaben in der Kritik. Die neusten Ausgaben basieren oftmals auf besonders wichtigen und nötigen neuen Aufgaben. Ich sehe grösseres Sparpotenzial bei bestehenden Aufgaben. Beispiel: Wieso findet im Hochbauamt eine Stellenaufstockung statt, werden doch immer weniger Bauges-

suche eingereicht? In der Zwischenzeit hat sich die Situation geändert und es ist mit vermehrten Baugesuchen zu rechnen.

2. GPK-Protokoll vom 18. Oktober 2006 - Seite 92

Als Mitinitiant der Behörden- und Verwaltungsreform konnte ich mir ein Schmunzeln nicht verklemmen. Die aufgeworfenen Fragen des GPK-Präsidenten zu den Massnahmen betreffend die Effizienzerhöhung? Wie weit konnten Prozesse vereinfacht werden? Wie weit können Departementsmauern abgebrochen resp. überwunden werden? etc. - Die Antwort lautet schlicht: Die aufgeworfenen Fragen werden im Rahmen der Behörden- und Verwaltungsreform behandelt. Ich hoffe, dass allen Ratsmitgliedern „ein Licht aufgegangen ist“ und wir bei diesem Thema konstruktiv weiter arbeiten können. Der vom GGR eingesetzte Steuerungsausschuss inkl. der Gemeindeschreiberin und dem Gemeindepräsidenten haben bisher sehr gut gearbeitet. Danken möchte ich auch Christoph Künti für die Führung dieses Steuerungsausschusses. Ich freue mich auf die ersten Debatten hier im Tellaal.

3. Steueranlage

Bisher kam die Steueranlage noch nicht zur Sprache. Ich gehe davon aus, dass alle Parteien mit einem Steuerfuss von 1,65 einverstanden sind. Die im Finanzplan vorgesehene Steuersenkung wird nicht vorgenommen.

**Walter Bruderer (FORUM):** Wir haben bis jetzt sehr interessante Voten vernommen. Ich möchte noch auf folgende zwei Punkte aufmerksam machen:

- Mit den Parlamentariern kann manchmal sinnvoll diskutiert werden. Vielleicht sollte einmal an einem runden Tisch über die Gemeindefinanzen debattiert werden. Die Diskussion über die Finanzen ist bitter nötig. Heute werden häufig Proklamationen vorgenommen und am Tag X wird die Abstimmung nicht richtig vorgenommen, da irgendwelche parteipolitischen Aspekte beachtet werden müssen. Ich bitte den Rat, über die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission nachzudenken.

**Norbert Riesen (SP):** Anlässlich der Fraktionssitzung haben wir eingehend über die Personalplafonierung (ausser Stellen, welche in den Lastenausgleich fallen) gesprochen. Wir von der SP-Fraktion fassen grossmehrheitlich den Beschluss, dass wir einen entsprechenden Vorstoss unterstützen werden.

**Aliki Maria Panayides (SVP):** Norbert Riesen hat den Steuerfuss angesprochen. Wir verzichten im Budget 2007 auf die vorgesehene Steuersenkung. Wir setzen die Prioritäten beim Schulden- resp. Defizitabbau und sind dankbar, dass die SP keine Steuerfusserhöhung beantragt. Im Budget 2008 muss jedoch eine Steuerfussenkung Platz finden.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 26. Oktober 2006

---

**Gemeinderätin Ursula Lüthy (GB/SP):** Ich bin froh, dass bei der Höhe des Steuerfusses ein parteipolitischer Konsens gefunden werden konnte.

**Ratspräsident:** Zur Botschaft liegen keine weiteren Wortbegehren mehr vor. Somit hat der Rat über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion abzustimmen.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Vor der Abstimmung möchte ich noch erwähnen, dass das Parlament via GPK-Protokoll über die Meinung des Gemeinderates zum Budget 2007 informiert worden ist. Ich habe bereits erwähnt, dass der Gemeinderat bereit ist, auf der Basis der aktuell beschlossenen Stellenprozenten eine Personalplafonierung bis Ende 2008 vorzunehmen (Umsetzung der Behörden- und Verwaltungsreform). Stellen, welche von dritter Seite finanziert werden, sind nicht betroffen (Lastenausgleich, regionale Zusammenarbeit etc.). Wenn der GGR zusätzliche Leistungen beschliesst, werden auch die dafür notwendigen Stellen bewilligt (z. B. Tagesschule, Schulsozialarbeit etc.).

Bereits heute werden freiwerdende Stellen überprüft (= Auflage der Personal- und Besoldungsordnung PBO). Danach gibt es zwischen dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion und dem Antrag des Gemeinderates praktisch keine Abweichungen.

Der Gemeinderat ist zuständig für die Stellenbewirtschaftung. Der Änderungsantrag kann den Gemeinderat nicht daran hindern, seine Kompetenzen wahrzunehmen.

**Peter Wegmann (FDP):** Ich halte am Änderungsantrag (Nr. 1) fest. Es ist für das Parlament eine Chance, seine Willensäusserung kund zu tun.

**Walter Bruderer (FORUM):** Meinen zweiten Punkt habe ich unterschlagen:

- Von meinen Änderungsanträgen habe ich vorgängig allen Fraktionschefs sowie der Verwaltung eine Kopie in der Meinung zugestellt, dass im Rat nicht mehr gross proklamiert werden muss, sondern der Dialog zwischen Legislative und Exekutive hergestellt werden kann. Ich wäre sehr froh gewesen, wenn ich den Änderungsantrag der FDP-Fraktion auch bereits vorgängig hätte studieren können.

Dem Votum des Gemeindepräsidenten betreffend der Personalvermehrung während der Behörden- und Verwaltungsreform möchte ich noch anmerken, dass ich während meiner Berufsphase bei der PTT ein vielfaches an Reorganisationen miterlebt habe. Es wäre uns damals nie in den Sinn gekommen, dass wir dafür mehr Personal benötigen. Ich gehe davon aus, dass solche Reorganisationen „ran an den Speck!“ bedeuten.

**Norbert Riesen (SP):** Es ist richtig, dass es dem Gemeindepersonal „ran an den Speck“ geht. Ich habe mich bereits mehrmals zur Situation des Personalbestandes geäussert. Nach Aussage des Amtes für Gemeinden und Raumordnung (AGR) hat die Exekutive die Kompetenz, Personal anzustellen, Realloohnerhöhungen zu sprechen und den Teuerungsausgleich vorzunehmen. Aber die Legislative kann in der Budgetdebatte die Lohnsumme resp. den Personalaufwand bestimmen.

Ich möchte festhalten, dass der Änderungsantrag von Peter Wegmann rechtsgültig ist. Die Personallohnsumme kann heute Abend vom GGR festgelegt werden.

Ich möchte heute Abend für einen Entscheid in Sachen Budget plädieren. Es wäre die dümmste Situation, wenn wir das Budget 2007 nicht abschliessend verabschieden würden.

Der Lastenausgleich ist uns allen bekannt. Wir möchten das Schiessen von „Eigen-goals“ verhindern. Es ist sekundär, wer schlussendlich den Lastenausgleich finanziert. Es bezahlt nicht nur der Kanton, auch die Gemeinden haben ihren finanziellen Anteil zu leisten.

**Ratspräsident:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der **Änderungsantrag (Nr. 1)** der FDP-Fraktion lautet wie folgt:

*Der Gemeinderat wird beauftragt, auf der Basis der aktuell obliegenden und beschlossenen Stellenprozenten bis Ende Jahr 2008 eine Personalplafonierung vorzunehmen.*

*Stellen, welche von dritter Seite vollumfassend finanziert werden, sind von dieser Massnahme ausgeschlossen.*

*Des Weiteren wird der Gemeinderat beauftragt, bei frei werdenden Stellen umfassend zu überprüfen, in wie fern sich diese mit der zukünftigen Verwaltungsorganisation gemäss Behördenreform weiterhin vereinbaren bzw. als zwingend notwendig erweisen.*

### **A b s t i m m u n g :**

Der Änderungsantrag (Nr. 1) der FDP-Fraktion wird mit 24 zu 2 Stimmen angenommen.

**Ratspräsident:** Als nächstens wird die Detailberatung des Voranschlages 2007 vorgenommen. Wir beraten seitenweise. Änderungsanträge sind schriftlich bei mir zu hinterlegen.

➤ Seite 1 - Ergebnisübersicht Budget 2007

**Christoph Künti (SVP):** Die SVP-Fraktion stellt den **Änderungsantrag (Nr. 2):**

*Die SVP stellt hiermit Antrag auf Globalbudget mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 1'965'000.-- entsprechend dem Finanzplan Mai 2005.*

Wenn der Rat den Änderungsantrag nicht annimmt, möchte ich mich für den folgenden „Kleinmist“ entschuldigen.

**Ratspräsident:** Da sich der Gemeinderat zu diesem Antrag nicht äussern will, können wir direkt die Abstimmung vornehmen.

### **A b s t i m m u n g :**

Der Änderungsantrag (Nr. 2) der SVP-Fraktion wird mit 15 zu 14 Stimmen angenommen.

**Ratspräsident:** Damit sich der Gemeinderat über die neue Situation beraten kann, wird eine 10 minütige Pause eingestellt.

**----- P a u s e -----**

2

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Wir haben die Situation diskutiert. Der Gemeinderat wird in eigener Kompetenz das Budget auf die geforderte Defizitsumme von 1,965 Mio. Franken anpassen. Eine weitere Diskussion zum Budget 2007 erübrigt sich.

Wir werden bekannt geben, dass das Budget 2007 mit einem Globalbudget und einem Aufwandüberschuss von 1,965 Mio. Franken beschlossen worden ist. Gegen diesen Beschluss kann das Referendum ergriffen werden.

**Norbert Riesen (SP):** Auch wir haben in der Pause die Lage diskutiert und möchten einen Rückkommensantrag stellen. Aus unserem Sichtwinkel ist das Geschäft nicht zu Ende überlegt worden. Es könnte jetzt passieren, dass der Gemeinderat die Steuererträge um 3 Mio. Franken erhöht und 2,5 Mio. Franken gegenüber dem jetzigen Budget mehr ausgibt und so den Auftrag des Parlaments formell erfüllt. Diese

---

<sup>2</sup> Claudine Basler nimmt ab 18.15 Uhr an der Sitzung teil. Somit sind **33** Ratsmitglieder anwesend.

Vorgehensweise ist falsch. Die Aufwände müssen um die rund 0,5 Mio. Franken gekürzt werden.

Wir sind einverstanden, dass die Exekutive global die Aufwandkonti überprüft und wir nun auf eine lange Diskussion mit unzähligen Einzelanträgen verzichten. Der Beschluss muss so interpretiert werden, dass die Aufwandkonti gesenkt und die Ertragskonti nicht erhöht werden. Diese Ausgangslage muss klar festgehalten werden und somit wird ein Rückkommensantrag notwendig sein.

**Christoph Künti (SVP):** Ich bin nicht von soviel Schlitzohrigkeit des Gemeinderates ausgegangen. Ich glaube nicht, dass der Gemeinderat die Einnahmekonti anhebt. Ich bin fest der Überzeugung, dass der Gemeinderat die Ausgabenkonti um den geforderten Betrag reduziert. Eine protokollarische Zusage des Gemeinderates genügt mir.

**Gemeinderätin Ursula Lüthy (GB/SP):** Der Gemeinderat kann diese Verantwortung nicht übernehmen. Wenn das Parlament die Ausgaben senken will, so soll das Parlament die zu reduzierenden Budgetposten bezeichnen und die entsprechende Verantwortung übernehmen.

**Christoph Künti (SVP):** Der Änderungsantrag wurde überwiesen und der Gemeinderat hat das Budget entsprechend zu kürzen.

**Gemeinderätin Ursula Lüthy (GB/SP):** Der Antrag für ein Globalbudget wurde überwiesen. Der Rückkommensantrag entspricht nicht dem Globalbudget.

**Aliki Maria Panayides (SVP):** Aufgrund des Änderungsantrags dürfen jetzt nicht die Steuererträge erhöht werden, damit würde der Gemeinderat seine Glaubwürdigkeit bei der Bearbeitung des Budgets verlieren.

**Ratspräsident:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor und wir können über den Rückkommensantrag der SP-Fraktion abstimmen.

### **A b s t i m m u n g :**

Der Rückkommensantrag der SP-Fraktion wird mit 17 zu 12 Stimmen abgelehnt.

**Ratspräsident:** Nun ist noch die Beschlussfassung vorzunehmen. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 16 zu 0 Stimmen den folgenden

**B e s c h l u s s :**

1. Die Steueranlagen für das Jahr 2007 werden wie folgt festgesetzt:
  - a. Für die der Staatssteuer unterliegenden Steuerfaktoren (Einkommen, Gewinn, Vermögen, Kapital und Vermögensgewinn) das 1,65 fache des gesetzlichen Einheitsansatzes.
  - b. Für die Liegenschaftssteuer 1,2 ‰ des amtlichen Wertes.
  - c. Für die Wehrdienst-Ersatzsteuer 3,4 % des Staatssteuerbetrages, höchstens Fr. 200.--.
  - d. Für die Hundetaxe Fr. 100.-- pro Tier. Blinden- und Polizeihunde sind von der Taxe befreit.
2. Der Voranschlag für das Jahr 2007, global abschliessend mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 1'965'000.-- wird genehmigt.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.
4. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

70 20.200 Allgemeines

### **Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2007 - 2011; Genehmigung**

**Ratspräsident:** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

**Gemeinderätin Ursula Lüthy (GB/SP):** Der Finanzplan für die nächsten 5 Jahre wurde von der Abteilung Finanzen/Steuern aufgrund der Prognose der Gemeindeentwicklung, aufgrund von Finanzplanungshilfen des Kantons und mittels des eigenen Zahlenmaterials erstellt. Beim Finanzplan, genauer gesagt bei den fünf Finanzplänen, nämlich für den Steuerhaushalt und für die Spezialfinanzierungen Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Feuerwehr handelt es sich um einen Zukunftsausblick, um eine Prognose und damit nicht um Sicherheiten. Eines ist aber gesichert: Dem Plan liegen alle zur Verfügung stehenden Informationen zugrunde. Es handelt sich dabei um ein seriöses, reelles und nicht geschöntes Werk.

Der Finanzplan zeigt auf, wo die wichtigen, dringenden und umfangreichen Investitionen zu tätigen sind und wie sich die Finanzsituation der Gemeinde gemäss den heute zur Verfügung stehenden Daten entwickeln wird. Wir sehen darin, dass die Jahre 2007, 2008 und 2010 stark durch einen Aufwandüberschuss von 2 bis fast 3 Mio. Franken belastet sind. Diese Defizite werden durch das Eigenkapital finanziert, das dabei bis auf 2 Mio. Franken abgebaut wird. Diese Finanzierung entspricht den gesetzlichen Vorgaben und den kantonalen Empfehlungen.

Die grössten Investitionen im Steuerhaushalt fallen für die Sanierung der Schulhäuser Rüti und Dennigkofen an.

Von den Investitionsvorhaben wurden die Prioritäten 1 (beschlossen), 2 (Primär-/Zwangsbedarf) und 3 (Entwicklungs-/Wunschbedarf) dargestellt (zusammengefasst S. 4), gerechnet (Gesamtergebnis ab S. 54) wurden aber nur die Prioritäten 1 und 2.

**Walter Bruderer (FORUM):** Generell ein Dankschön für die grosse Arbeit, die jeweils für den Finanzplan zu leisten ist und auch Dank dafür, dass nur noch die Prioritäten 1 + 2 gerechnet wurden. Wir würden es begrüssen, wenn gleichwohl auch sämtliche denkbaren Investitionen der Prioritäten 3 + 4 aufgelistet würden. Es ist gefährlich anzunehmen, es gebe keine weiteren pendenten Wünsche. Wir denken an weitere Sportstätten, Turnhallen, Bärtschihaus, Mehrzweckgebäude, neue Buslinien etc..

Im nächsten Finanzplan möchten wir erfahren, welche finanzbezogenen Erkenntnisse die Verwaltung aus den Mammut-Sanierungen der Schulhäuser gezogen hat. Ist via STRATUS sicher gestellt, dass z. B. in 30 Jahren keine ähnlich aufwändigen Sanierungen nötig werden, die den Finanzhaushalt der Gemeinde derart strapazieren? Ebenfalls interessiert uns, wie viel wiederkehrender Aufwand künftig a) für das längere Strassennetz (MSE) und b) für die stark erweiterte Wasser/Abwasser-Infrastruktur zu erwarten ist.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 26. Oktober 2006

---

Dieses Jahr stellen wir keinen Rückweisungsantrag; wir lehnen den Finanzplan jedoch wie letztes Jahr ab, und zwar aus folgenden Gründen:

- Den riskanten Abbau des Eigenkapitals auf nur noch 2 Mio. Franken. Im Gegensatz zum Fremdkapital würden Zinsen auf dem Eigenkapital nicht an die Banken, sondern in die Gemeindekasse fließen.
- Die Selbstfinanzierungsgrade für den Steuerhaushalt und die Feuerwehr sind völlig ungenügend.
- Für die Bezahlung von Neu- und Ersatzinvestitionen aus der Wasser-/Abwasserrechnung, die auf das Wachstum der Gemeinde zurück zu führen sind, haben wir überhaupt kein Verständnis. Hinter die fürs Wasser/Abwasser anvisierte hohe und sehr teure Versorgungssicherheit setzen wir ein grosses Fragezeichen. Im Falle der Hochzone Rüti wäre vor der Abstimmung eine genaue Erläuterung zum Löschschutz wünschenswert gewesen. Wie ich Informationen aus dem Internet entnehmen konnte, trifft es nicht zu, dass für die Hochzone Rüti ein zusätzliches Reservoir benötigt wird.
- Angesichts der angespannten Finanzlage sehen wir zurzeit im Finanzplan keinen Platz für Investitionen der Prioritäten 1 und 2, die primär der Perfektion dienen.
- Die Teuerungsrate darf nicht nur für die Budgetierung der Aufwände gelten, sondern muss auch für alle Erträge durchgesetzt werden.
- Im Finanzplan sind die einmaligen und wiederkehrenden Folgen von Investitionen, mit Ausnahme der Abschreibungen und Zinsen, nach wie vor nicht berücksichtigt. Auch eine materielle/immaterielle Kosten-/Nutzenbeurteilung auf den Beschreibungsblättern und der erwartete Wertschöpfungsgrad fehlen.

Die prognostizierte hohe Vermehrung der Steuererträge ist in keiner Weise garantiert:

- Man vergleiche die früheren Finanzpläne betreffend ihre Prognosen für 2007.
- Ein Teil der Ostermundigenbevölkerung zieht in neue Bauten um: Welche Art ZuzügerInnen folgen in die leeren Wohnungen nach?
- Vielleicht ziehen weitere Einwohnende von Ostermundigen weg.
- Wie stark steigen die grossen Aufwände für die „sozialen Aspekte“? Diese Frage kann im Zusammenhang mit dem heute eingereichten Postulat „Beschaffung von Fremdgeld bei der eigenen Bevölkerung“ beantwortet werden.
- Die Frage ist zu beantworten, ob die vor wenigen Jahren geschaffene neue Aufgabenteilung „Kanton/Gemeinden“ mit der Finanzteilung übereinstimmt.

Ich möchte hier nochmals für einen „runden Tisch“ plädieren, an welchem über die Finanzsituation unserer Gemeinde diskutiert werden kann.

**Heinz Gfeller (FDP):** Auch die FDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für das umfangreiche Werk. Ebenfalls besten Dank für die zum Teil ausführliche Beantwortung meines Fragenkatalogs in der GPK. Die Antworten sind zum Teil sehr aussagekräftig (vor allem aus dem Bereich Soziales und Hochbau). Hier sind sehr gute Ansätze für eine sinnvolle, notwendige und kompetente Strategiearbeit am entstehen. Ich gratuliere dem Parlament für den Beschluss zum Voranschlag 2007. Hier entsteht eine gute Basis „weg vom jammern neu zum handeln.“ Bedenklich ist für mich der Blindflug im Nebel seitens des Kantons. Vor allem die Amortisationsvorschriften im Bereich Leitungsnetze sei hier erwähnt.

Der vorliegende Finanzplan kennt nach wie vor grosse Risiken. Der Eigenmittelabbau auf 2 Mio. Franken entspricht 2,5 % des Steuerertrages aus der Steuerrechnung. Der Risikofaktor „Steuerertrag“ wurde höchst optimistisch geschätzt. Im Finanzplan 2001 - 2006 wurde für das Jahr 2005 ein Steuerertrag von 44,7 Mio. Franken geschätzt. Heute weisen wir einen Steuerertrag von 34 Mio. Franken aus und dies entspricht nur 80 % der Annahme. Es gibt Anzeichen, dass wir heute in einer vorteilhafteren Situation stehen. Trotzdem ist die Finanzsituation mit Ernsthaftigkeit anzugehen.

Kann die geplante Ablösung der auslaufenden Darlehen mit den gleichen Kosten oder mit Mehrkosten infolge der Zinserhöhungen berechnet werden? Es ist zu befürchten, dass auch von dieser Seite etwas auf die Gemeinde zukommt.

Das Spannungsfeld des hohen Steuerfusses mit seinem Einfluss auf die Attraktivität oder Attraktivitätsminderung unserer Gemeinde bleibt bestehen.

Aus all diesen Risiken kommen wir zum Schluss, dass wir eine Strategiekorrektur benötigen. Wir wollen keine kurzfristigen Haurückübungen, sondern überlegte und kompetente Strategiearbeit. Aus diesem Grund stellt die FDP-Fraktion den folgenden **Änderungsantrag (Nr. 1):**

1. *Geschäft Nr. 70 Antrag Gemeinderat Punkt 1 belassen.*
2. *Punkt 2 neu: Der Gemeinderat wird beauftragt:*
  - a) *Den Finanzplan 2007 - 2011 nicht als verbindliche Grundlage für die mittel- und langfristige Finanzpolitik zu verwenden, sondern als Ausgangslage für die Strategieüberarbeitung zu nutzen.*
  - b) *Dem GGR spätestens im Juni 2007 eine Strategie zu präsentieren mit den Eckwerten:*
    - ⇒ *Ziel 16'700 Einwohnende im Jahr 2017*
    - ⇒ *Kostenentwicklung max. proportional der Einwohnerentwicklung und Teuerung.*

- c) *Die Eckwerte in die Budgetvorgabe 2008 des Gemeinderates an die Verwaltung einfliessen zu lassen.*

Ich hoffe, das Parlament kennt auch hier die Flexibilität und unterstützt diesen Änderungsantrag. Somit hätten wir einen Baustein mehr, um mittelfristig die Finanzsituation in den Griff zu bekommen.

**Norbert Riesen (SP):** Ich möchte, dass nochmals der erste Punkt des Änderungsantrags bekannt gemacht wird.

**Ratspräsident:** *a) Den Finanzplan 2007 - 2011 nicht als verbindliche Grundlage für die mittel- und langfristige Finanzpolitik zu verwenden, sondern als Ausgangslage für die Strategieüberarbeitung zu nutzen.*

**Norbert Riesen (SP):** Aus unserer Beurteilung ist dieser Antragspunkt der einzig sinnvolle. Begründung: Eine Rückweisung des Finanzplans bringt nichts; die Gemeinde ist immer am Ball. Dieser Antragspunkt kann als Ausgangslage für den Finanzplan zur Kenntnis genommen werden. Die Departementsvorsteherin und der Finanzverwalter haben nichts anderes getan, als mit bestem Wissen und Gewissen die heutige Ausgangslage skizziert und in die Zukunft transferiert. Eine Rückweisung bringt nichts, doch kann man festhalten, dass das Ergebnis heute nicht befriedigend ist und die Strategie neu überdacht werden muss.

Die weiteren Ausführungen von Heinz Gfeller sind bereits eine Einschränkung der Strategie. Wenn zum Beispiel eine Proportion zwischen Gesamtausgaben und Einwohnerzahl geschaffen wird, so habe ich bereits eine Einschränkung für mögliche Strategien geschaffen.

Zur Position „Einwohnerzahl“: Nach welchen Kosten richtet sich das Leitungsnetz? Sinken die Kosten des Leitungsnetzes bei 16'500 anstatt 18'000 EinwohnerInnen oder senken sich diese Kosten nicht, weil Leitungen einfach Leitungen sind? Der Änderungsantrag kann nur in seinem Punkt a) unterstützt werden.

Heute Abend dürfen wir nicht drei Stunden lang über vorzunehmende Investitionen diskutieren. Alle grösseren Investitionen werden zu gegebener Zeit dem Grossen Gemeinderat zur Kreditgenehmigung vorgelegt. Die Detailvorlage kann zu diesem Zeitpunkt ausführlich diskutiert werden und nicht bereits heute. Ansonsten ist eine Strategieüberprüfung wenig sinnvoll.

**Walter Bruderer (FORUM):** Wir unterstützen den Änderungsantrag der FDP-Fraktion. Es ist nur schade, dass solche Änderungsanträge nicht vorher kommuniziert werden. Solche fundamentalen Anträge müssen überlegt werden.

Wir waren letztes Jahr die einzige Partei, welche dem Finanzplan nicht zustimmte. Bereits vor zwei Jahren hatte ich eine Interpellation eingereicht, welche über das Gemeindegewachstum Informationen verlangte. Der Gemeindepräsident hatte ausgeführt, dass beim Wasser und Abwasser alles in bester Ordnung sei. Wie weit bei diesem Prüfauftrag andere Abteilungen involviert worden sind, entzieht sich meiner Kenntnisnahme. Es zeigt sich nun offenbar, dass die Gemeindeentwicklung der letzten zwei Jahre nicht ohne Opfer und Tränen vonstatten gegangen sind. Ich möchte den Rat einmal mehr darauf aufmerksam machen, die Situation am runden Tisch zu besprechen.

**Christoph Künti (SVP):** Ich möchte mich dem Votum von Norbert Riesen anschliessen. Die SVP-Fraktion unterstützt ebenfalls den Punkt a) des Änderungsantrags der FDP-Fraktion. Ich bitte Heinz Gfeller die Punkte b) und c) zurück zu ziehen oder einzeln abstimmen zu lassen.

**Heinz Gfeller (FDP):** Ich möchte das Abstimmungsverfahren nicht künstlich verlängern und ziehe die Punkte b) und c) äusserst widerwillig zurück. Es wäre wichtig gewesen, auch langfristig Eckpunkte zu setzen.

**Norbert Riesen (SP):** Heinz Gfeller, wir haben doch einen gleichartigen Beschluss beim vorangehenden Budget 2007 gefällt - ich sehe den Unterschied nicht. Wir haben den Beschluss gefasst, weil wir mit dem Abbau des Eigenkapitals nicht zufrieden waren. Alle anderen haben wir offen gelassen.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Der Gemeinderat kann den Änderungsantrag der FDP-Fraktion entgegen nehmen. Der Finanzplan ist ein Arbeitsinstrument, auf welchem aufgebaut und die nötigen Schlussfolgerungen gezogen werden kann. Wir haben es nie als verbindlich betrachtet, das Eigenkapital am Ende der Planungsperiode auf 2 Mio. Franken zu reduzieren. Es stellt eine gute Interpretation dar, um die Grundlage für die Finanzsituation langfristig zu verbessern.

**Ratspräsident:** Der korrigierte **Änderungsantrag (Nr. 1):** lautet demnach wie folgt:

1. *Geschäft Nr. 70 Antrag Gemeinderat Punkt 1 belassen.*
2. *Der Gemeinderat wird beauftragt, den Finanzplan 2007 - 2011 nicht als verbindliche Grundlage für die mittel- und langfristige Finanzpolitik zu verwenden, sondern als Ausgangslage für die Strategieüberarbeitung zu nutzen.*

### **A b s t i m m u n g :**

Der Änderungsantrag (Nr. 1) der FDP-Fraktion wird einstimmig genehmigt.

**Ratspräsident:** Somit können wir mit der Detailberatung des Finanzplans beginnen. Auch hier sind Änderungsanträge schriftlich bei mir zu hinterlegen.

➤ Seite 5 - Kto-Nr. 1002.000 Telefonzentralen; Ablösung

**Christoph Künti (SVP):** Ich möchte dem Aufruf von Norbert Riesen Folge leisten und nur noch die Positionen zur Diskussion bringen, welche dem Grossen Gemeinderat nicht zur Kreditgenehmigung unterbreitet werden müssen.

Der Entscheid über das Verwaltungszentrum könnte auf diese Position Auswirkungen zeigen. Es scheint sinnlos zu sein, eine neue Telefonzentrale anzuschaffen. Die SVP-Fraktion stellt den **Änderungsantrag (Nr. 2):**

*Die Telefonzentralen sind um ein Jahr zu verschieben und der Entscheid „Verwaltungszentrum“ ist abzuwarten.*

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Dieser Änderungsantrag erübrigt sich, wenn wir Ende Jahr über das wie weiter eines Verwaltungszentrums entscheiden. Die Telefonzentralen werden nicht ohne weiteres einfach erneuert. Der Finanzplan geht von den gefällten Beschlüssen aus. Wenn kein Verwaltungszentrum in Sicht ist, müssen die Telefonzentralen ersetzt werden.

**Christoph Künti (SVP):** Ich ziehe den Änderungsantrag (Nr. 2) zurück.

➤ Seite 5 - Kto-Nr. 1100.000 Bahnhofareal Promotion

**Walter Bruderer (FORUM):** Ich möchte den Rat auf mein vorgängig der Sitzung verteiltes Arbeitspapier verweisen: *Seit Jahren sind dafür Fr. 50'000.-- eingesetzt. Warum? Entscheidendes geschieht ja nicht, solange die SBB nicht gewillt sind. Das Verwaltungszentrum wäre dort fragwürdig situiert → fehlende und teure Parkplätze.* Ich möchte nach dem Änderungsantrag (Nr. 1) der FDP-Fraktion keine weiteren Änderungsanträge stellen. Ich bitte den Gemeinderat, dies als Input entgegen zu nehmen (analog zu den Bemerkungen zum Budget 2007).

➤ Seite 8 - Kto-Nr. 4119.000 Fussweg Rüti - Post

**Christoph Künti (SVP):** Es ist auch der SVP-Fraktion ein Anliegen, dass behinderte Personen nicht diskriminiert werden und im öffentlichen Bereich alles unternommen wird, zumutbare Verhältnisse zu schaffen. Hier gehen uns aber die Anstrengungen

zu weit. Es ist nur ein kurzer Umweg über die Strasse notwendig, um die Bushaltestelle zu erreichen. Die SVP-Fraktion stellt den **Änderungsantrag (Nr. 3)**:

*Das Projekt „Fussweg Rüti - Post“ ist zu streichen.*

➤ Seite 8 - Kto-Nr. 4120.000 Optimierung Bushaltestellen

Die Optimierung der Bushaltestellen ist alles andere als Zwangsbedarf. Wir haben eine Frist bis 2023 um die notwendigen Massnahmen zu realisieren. Die SVP-Fraktion stellt den **Änderungsantrag (Nr. 4)**:

*Das Projekt 4120 „Optimierung Bushaltestellen“ ist in die Prioritätsstufe 4 einzusetzen und in die Jahre nach 2010 zu verschieben.*

➤ Seite 9 - Kto-Nr. 4501.000 Dreieckanlage Umgestaltung

Auch hier ist eine Umgestaltung der Dreieckanlage für uns nicht Zwangsbedarf und die SVP-Fraktion stellt den **Änderungsantrag (Nr. 5)**:

*Das Projekt 4501 „Umgestaltung Dreieckanlage“ ist in die Prioritätsstufe 4 einzusetzen und in die Jahre nach 2010 zu verschieben.*

**Walter Bruderer (FORUM):** Als Rütianer habe ich zwei Seelen in der Brust und den Antrag des Gemeinderats für den Fussweg Rüti - Post finde ich sympathisch. Ich war dabei, als der damalige Gemeindepräsident die Wünsche des Rütileistes entgegen genommen hatte. Im Winter ist es problematisch, über die Rampen zu gehen. Im Projekt werden die Rampen flacher geführt. Das Eisproblem bleibt bestehen. Primär sollte wenn nötig die Schnee- und Eisreinigung verbessert werden. Wenn jemand behindert ist und im unteren Teil des Rütiquartiers (Treppe im Holenweg) wohnt, so muss ein grosser Umweg bis zur Post in Kauf genommen werden.

Hier nichts zur Verbesserung zu unternehmen, ist sicher keine gute Lösung. Ich möchte beliebt machen, dass der Gemeinderat dafür sorgt, dass dieser Abschnitt im Winter einwandfrei gereinigt wird. Ich habe bereits mehrmals im Werkhof angerufen und über die prekäre Wintersituation orientiert. Es ist sicher die billigere Lösung, als Fr. 169'000.-- zu investieren.

**Gemeinderat Thomas Werner (SP):** Der Rütieweg ist in diesem Abschnitt unbestritten steil. Die Bevölkerung ist auch in der Rüti am älter werden. Im Winterdienst wird alles machbare unternommen, um diese gefährliche Stelle von Eis und Schnee zu räumen. Es ist aber auch für unser Werkhofpersonal unmöglich, an allen gefährlichen Stellen auf unserem Gemeindegebiet gleichzeitig zu sein. Im Salzroutenplan sind dieser Abschnitt und der Zugang zur Bushaltestelle in der ersten Prioritätsstufe eingetragen.

Hier handelt es sich ganz klar um einen Wunsch aus der Bevölkerung vor allem von älteren und behinderten Leuten. Auch die haben ein Anrecht auf einen ungefährlichen Zugang zu Bus und Post. Schlussendlich wird ein politischer Entscheid über

das Projekt bestimmen. Ich möchte den Rat bitten, den Änderungsantrag Nr. 3 abzulehnen.

Auch die Optimierung der Bushaltestelle geht in diese Richtung und eine Güterabwägung muss vollzogen werden. Es ist richtig, dass die Gemeinde erst im Jahr 2023 verpflichtet ist, entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Älteren und behinderten Personen sowie Frauen mit Kinderwagen soll mit diesem Projekt geholfen werden. Doch schlussendlich wird ein politischer Entscheid über das Projekt entscheidend sein. Es geht auch um sehbehinderte Menschen. Das Werkhofpersonal hat bei den Bushaltestellen mit dem Anbringen von taktilen Streifen begonnen. Diese Arbeiten werden im Zusammenhang mit Umgestaltungen ausgeführt.

Das Projekt „Dreieckanlage“ wird dem Parlament ebenfalls vorgestellt. Dieser wichtige Umsteigeknotenpunkt gibt stets zu Beschwerden aus der Bevölkerung Anlass. Der Verwaltung wird hauptsächlich vorgeworfen, sie lasse die Dreiecksanlage verlottern. Im Jahre 2009 ist eine Umgestaltung vorgesehen. Es liegt dann im Ermessen des Grossen Gemeinderates, hier etwas oder nichts zu unternehmen. Ob das dann die richtige Politik mit Zukunftsvisionen ist, bleibe dahingestellt.

**Regula Unteregger (SP):** Es ist offensichtlich, wo die SVP ihre Schwerpunkte bei den Einsparungen setzt: Bei Fusswegen, welche auch den schwächeren Personengruppen dienlich sein sollen. Bei der Budgetberatung musste die SVP-Fraktion keine konkreten Angaben zu den gewünschten Kürzungen machen. Es wäre interessant gewesen, zu hören, bei welchen Kontogruppen die Einsparungen vorzunehmen sind.

**Ratspräsident:** Zu den Änderungsanträgen Nr. 3 bis 5 der SVP-Fraktion liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich zitiere nochmals die drei Anträge:

**Änderungsantrag (Nr. 3):**

*Das Projekt 4119 „Fussweg Rüti - Post“ ist zu streichen.*

**Änderungsantrag (Nr. 4):**

*Das Projekt 4120 „Optimierung Bushaltestellen“ ist in die Prioritätsstufe 4 einzusetzen und in die Jahre nach 2010 zu verschieben.*

**Änderungsantrag (Nr. 5):**

*Das Projekt 4501 „Umgestaltung Dreieckanlage“ ist in die Prioritätsstufe 4 einzusetzen und in die Jahre nach 2010 zu verschieben.*

**A b s t i m m u n g :**

- Der Änderungsantrag (Nr. 3) der SVP-Fraktion wird mit 21 zu 8 Stimmen abgelehnt.

- Der Änderungsantrag (Nr. 4) der SVP-Fraktion wird mit 15 zu 14 Stimmen abgelehnt.
- Der Änderungsantrag (Nr. 5) der SVP-Fraktion wird mit 18 zu 13 Stimmen abgelehnt.

➤ Seite 11 - Kto-Nr. 3904.000 Bernstrasse 31 nach STRATUS

**Christoph Künti (SVP):** Ist eine Sanierung rentabel und wirft diese Liegenschaft für die Gemeinde eine Rendite ab? Wir stellen den folgenden **Änderungsantrag (Nr. 6):**

*Das Sanierungsprojekt Bernstrasse 31 ist zu sistieren und umgehend die Veräusserung der Liegenschaft auszulösen.*

**Ratspräsident:** Bei dieser Liegenschaft handelt es sich um die alte Post, da wo heute die Notschlafstelle einquartiert ist.

**Norbert Riesen (SP):** Ich fühle mich schlicht überfordert, jetzt einen Entscheid zu fällen. Vielleicht könnte mit einem unselbständigen Postulat die Prüfung dieser Liegenschaft in Erwägung gezogen werden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Grosse Gemeinderat heute Abend in einem Schnellschuss einen entgültigen Entscheid über diese Liegenschaft fällen kann.

**Egon Julmi (FDP):** Nach dem Konzept STRATUS ist eine Sanierung bzw. Unterhalt dringend notwendig. Sollte die Liegenschaft verkauft werden, so ist die Gemeinde bis dann für den Unterhalt zuständig. Eine Rückstellung kann nicht vorgenommen werden.

**Gemeinderätin Ursula Lüthy (GB/SP):** Der Kreditbeschluss fällt in den Zuständigkeitsbereich des Parlamentes. Es ist nicht angebracht, schon heute ohne Unterlagen über dieses Geschäft zu entscheiden.

**Christoph Künti (SVP):** Das Votum kann nicht protokolliert werden, da sich der Sprecher nicht zum Rednerpult bemühte! ☹

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** STRATUS hat keinen Einfluss auf die Finanzkompetenzen. Der Gemeinderat kann die Kredite nicht in eigener Regie beschliessen. Das Sanierungsprojekt wird als Ganzes und nicht in Tranchen (2007, 2009) dem Parlament vorgestellt.

**Christoph Künti (SVP):** Ich ziehe den **Änderungsantrag (Nr. 6)** zurück.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 26. Oktober 2006

---

**Ratspräsident:** Es liegen keine Wortmeldungen zum Finanzplan mehr vor und somit können wir die Beschlussfassung vornehmen. Ich zitiere nochmals den Beschlusstext:

1. *Der Finanzplan für die Jahre 2007 bis 2011 wird genehmigt.*
2. *Der Gemeinderat wird beauftragt, den Finanzplan 2007 - 2011 nicht als verbindliche Grundlage für die mittel- und langfristige Finanzpolitik zu verwenden, sondern als Ausgangslage für die Strategieüberarbeitung zu nutzen.*
3. *Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.*

**Walter Bruderer (FORUM):** Das Votum kann nicht wortwörtlich protokolliert werden, da sich der Sprecher nicht zum Rednerpult bemühte! ☹

Es wird auf einen Widerspruch zwischen dem Antrag des Gemeinderates in der Botschaft und dem zitierten Antrag inkl. Änderungsantrag aufmerksam gemacht.

**Heinz Gfeller (FDP):** Hier ist kein Widerspruch, sondern lediglich eine Einschränkung der Verwendung der Finanzplaninformationen getätigt worden. Die Finanzplaninformationen wurden erarbeitet und bestehen. Der Gemeinderat hat keinen Auftrag erhalten, den Finanzplan sofort zu überarbeiten. Meiner Meinung nach ist das Vorgehen korrekt und der Finanzplan kann gemäss Gemeindeordnung genehmigt werden.

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 29 zu 3 Stimmen den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

1. Der Finanzplan für die Jahre 2007 bis 2011 wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird beauftragt, den Finanzplan 2007 - 2011 nicht als verbindliche Grundlage für die mittel- und langfristige Finanzpolitik zu verwenden, sondern als Ausgangslage für die Strategieüberarbeitung zu nutzen.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

----- ¼ **S t u n d e P a u s e** -----

71 10.372 Motionen  
40.117 Wanderwegnetz, Allgemeines

### **Projekt „Wege zu Klee, Teil Ost“ - Kreditabrechnung**

**Ratspräsident:** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

**Norbert Riesen (SP):** Ich möchte noch eine kleine Anekdote zum Thema mitteilen. Oftmals werden Menschen durch die Automatisierung ersetzt. Ich wurde angefragt, was der komische Satz mit „Stellen“ aussagen sollte? Doch die schönen Säulen nennen sich „Stelen<sup>3</sup>“. Das automatische Korrekturprogramm der Bantiger Post hat Stelen durch Stellen ersetzt.

**Michael Meienhofer (FORUM):** Wir haben uns über diese schlanke Kreditabrechnung besonders gefreut. Am Anfang war noch die Ungewissheit vorhanden, ob überhaupt alle Kosten gedeckt werden könnten.

Uns interessiert noch, wie viele Leute die „Wege zu Klee“ bereits begangen sind? Ist eine Statistik vorhanden und wie viele Leute haben an der Eröffnungszeremonie in den Steinbrüchen teilgenommen?

**Andreas Thomann (SP):** Nachdem sich der Grosse Gemeinderat am 23. September 1999 mit der Motion von Peter Blaser (SP) betreffend die Attraktivierung der Sandsteinbrüche befasst hat und sechs Jahre später die Motion von Norbert Riesen (SP) betreffend Wege zu Klee am 9. September 2004 inkl. Kreditantrag überwiesen worden ist, liegt heute Abend bereits die Kreditabrechnung über dieses Projekt vor. Dank dem Einsatz des Gemeindepräsidenten konnten Sponsoren gefunden werden. Auch der Lotteriefonds hat einen wesentlichen Beitrag für das Projekt finanziert. Die Kreditabrechnung konnte so mit einer Kostensumme von Fr. 0 abrechnen.

Allen Beteiligten möchten wir hier ein grosses Dankeschön aussprechen. Ostermündigen war die erste Gemeinde, die zum Projekt einen Kredit bewilligt hatte.

Das Kapitel „Sandsteinbrüche“ ist aber noch nicht beendet. Wir bitten den Gemeinderat sicherzustellen, dass die Lichtershow anlässlich der Eröffnungsfeierlichkeiten nicht der letzte grosse Anlass in den Steinbrüchen war. Unserer Meinung nach fehlt es noch an den Infrastrukturanlagen. Neben den Sandsteinpodesten und dem Holzunterstand fehlt eine Toilette für Besucherinnen. Eine kostengünstige Lösung - evtl. mit Sponsorenbeiträgen - kann sicher gefunden werden. Die Sandsteinarbeiter haben schon heute eine mobile WC-Anlage vor Ort.

Die SP-Fraktion stimmt der Kreditabrechnung mit Begeisterung zu.

---

<sup>3</sup> Duden: griechisch für Grabsäule oder -tafel

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Obwohl die Kostensumme mit null abschliesst, war es seinerzeit sinnvoll, einen Investitionskredit zu genehmigen. Dieser Investitionskredit hat gezeigt, dass das Parlament hinter diesem Projekt steht und war gleichzeitig ein Fingerzeig für andere Partnerinnen und Partner. Es ist umso erfreulicher, dass das Projekt durch Dritte finanziert werden konnte. Die Zusammenarbeit unter den Partnerinnen und Partnern war sehr konstruktiv und erfreulich.

Eine Erfolgskontrolle ist schwierig. Die Begeherinnen und Begeher der Wege zu Klee können nicht gezählt werden und entsprechende Angaben fehlen. Bei der Eröffnungsfeier waren sicher mehrere 100 Personen vor Ort. Die Anregung, dass noch mehr Aktivitäten aus dem Projekt benötigt werden, nimmt der Gemeinderat gerne entgegen. Bereits von Seiten der Schule wurde ein Projekt „Wege zu Klee“ initiiert und durchgeführt. Aber auch vom Zentrum Paul Klee und Kindermuseum wurden in den Steinbrüchen Workshops durchgeführt.

Die Idee der mobilen Toilettenanlage wird vor Ort abgeklärt.

**Ratspräsident:** Der Rat hat über den gemeinderätlichen Antrag abzustimmen. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Von der Kreditabrechnung des Projekts „Wege zu Klee, Teil Ost“ abschliessend mit einer Kostensumme von Fr. 0 (null) wird Kenntnis genommen.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 26. Oktober 2006

---

72 30.471 Wehrdienstmagazin Forelstrasse 56

**Feuerwehrmagazin Forelstrasse 56; Sanierung der Gebäudehülle - Kreditabrechnung**

**Ratspräsident:** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Der Grosse Gemeinderat fasst ohne Diskussion einstimmig den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Von der Kreditabrechnung „Feuerwehrmagazin Forelstrasse 56, Sanierung der Gebäudehülle 2005“ abschliessend mit einer Kostensumme von Fr. 468'362.05 wird Kenntnis genommen.

73	10.373	Postulate
	30.322	Sport- und Spielplätze, Freizeitanlagen
	30.489	Mehrzweckhalle

**Postulat der CVP-Fraktion betreffend Mehrzweckhalle zwischen Bolligenstrasse und Forelstrasse sowie Verlegung der Sportplätze vom Oberfeld dorthin; Begründung**

**Wortlaut**

*Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, ob sich im Bereich „Mösli“ ein Projekt „Mehrzweckhalle mit Sportplätzen“ realisieren lässt. Dabei ist abzuklären,*

- a) *wie ein solches Projekt bei den Ortsvereinen, der Bevölkerung und den Nachbargemeinden ankommt;*
- b) *welchen materiellen und immateriellen Nutzen Ostermundigen daraus erwachsen.*

**Begründung**

*Wir freuen uns, dass in Ostermundigen in letzter Zeit verschiedene Bauprojekte angelaufen sind und damit die Gemeindeentwicklung angestossen wird. Die Bautätigkeit bringt neue MitbürgerInnen und Arbeitsplätze, aber auch neue Ansprüche. Was in vielen kleineren und grösseren Gemeinden zum Standard und zum gesellschaftlichen Mittelpunkt gehört, nämlich eine moderne Mehrzweckhalle, fehlt in Ostermundigen. Unser Kultur-, Freizeit-, und Business-Zentrum Tell genügt den heutigen Ansprüchen nicht mehr.*

*Im Richtplan Oberfeld ist zwar im Baustein 13 (östlicher Teil) ein Quartierzentrum in Form einer Mehrzweckhalle geplant. Wegen Lärm- und Verkehrsemissionen ist aber diese Nutzung im ESP (Entwicklungsschwerpunkt) Wohnen nicht ideal. Wenn Ostermundigen künftig wieder Grossanlässe durchführen und ein gesellschaftliches Zentrum aufbauen möchte, wäre eine Mehrzweckhalle ausserhalb des Wohngebietes mit guter Verkehrserschliessung und ÖV-Anschluss eine lohnende Investition. Im Mösli sind gute Bedingungen vorhanden (Autobahnanschluss, Parkplätze der Arbeitszone usw.).*

*Weil Kultur und Sport bezüglich Standort, Erreichbarkeit und Infrastruktur ähnliche Ziele haben, ist es sinnvoll, die Sportplätze in den Bereich der Mehrzweckhalle zu verlegen und ein Sport- und Freizeitzentrum zu realisieren. Dort wäre auch für grosse Jugendanlässe ein idealerer Standort als im Steingrübli.*

**Franz Kälin (CVP):** Die Absicht der CVP-Fraktion mit dem Postulat war, den Planungsprozess für eine Mehrzweckhalle in Gang zu bringen, damit die Gemeinde für ein künftiges Kultur- und Sportzentrum einen idealen Standort sichern kann. Aus diesem Grund und den allgemeinen Diskussionen möchten wir das Postulat ein wenig allgemeiner formulieren. Der neue Wortlaut:

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 26. Oktober 2006

---

*Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, ob sich an einem günstigen Standort bezüglich Infrastruktur, Verkehr und Immissionen ein Projekt „Mehrzweckhalle für Kultur und Sport“ realisieren lässt. Dabei ist abzuklären,*

- a) wie ein solches Projekt bei den Ortsvereinen, der Bevölkerung und den Nachbargemeinden ankommt;*
- b) welchen materiellen und immateriellen Nutzen Ostermundigen daraus erwachsen.*

Die Begründung verändert sich nicht. Die Erkenntnis, dass Ostermundigen eine Mehrzweckhalle braucht, ist nicht neu und im Richtplan „Oberfeld“ von 1998 berücksichtigt. Das Oberfeld scheint nicht der ideale Standort zu sein, da hier der ESP „Wohnen“ realisiert werden soll. Auf unserem Gemeindegebiet können sicher geeignetere Standorte ausfindig gemacht werden. Für die CVP-Fraktion ist der Standort der Mehrzweckhalle zweitrangig; wichtig ist, dass für die Vereine sowie das Image von Ostermundigen etwas unternommen wird.

Als Standort einer Mehrzweckhalle haben wir primär das Gebiet Mösli in Betracht gezogen (liegt in unmittelbarer Nähe zur Autobahn und den Nachbargemeinden, der öV ist bereits vorhanden). Andere Standorte wie z. B. im Rothus kommen auch in Frage. Der Umbau der heutigen Dennigkofenturnhalle fällt unserer Ansicht nach ausser Betracht.

Ich bitte den Rat, dass Postulat zu unterstützen.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Das Thema Mehrzweckhalle hat der Gemeinderat an seiner Klausur vom November 2004 behandelt. Dabei hat er unterschieden zwischen einer Mehrzweckhalle und einer Dreifachturnhalle. Die Mehrzweckhalle steht in erster Linie für kulturelle Anlässe zur Verfügung; sie könnte als Ersatz für den Tell-Saal dienen. Im Gegensatz dazu werden in der Dreifachturnhalle in erster Linie sportliche Anlässe durchgeführt.

Bezüglich Mehrzweckhalle hat der Gemeinderat beschlossen, dass

- der Tell als Kulturzentrum und in diesem Sinne als Mehrzweckhalle Priorität genießt;
- der Neubau einer alleinstehenden Mehrzweckhalle nicht weiterverfolgt wird;
- im Zusammenhang mit dem Bau eines Verwaltungszentrums geprüft wird, ob zusätzlich ein Saal gebaut wird.

(vgl. Motion Tell verkaufen)

Bezüglich Dreifachturnhalle hat der Gemeinderat beschlossen, dass

- das Thema dann weiterverfolgt wird, wenn eine überregionale Lösung zur Diskussion steht;
- die Federführung bei einer solchen Lösung durch Dritte zu übernehmen ist.

Es ist nicht etwa so, dass der Gemeinderat Sinn und Zweck einer Dreifachturnhalle oder einer kombinierten Mehrzweck-Sporthalle nicht erkennen könnte. Es ist schlicht die finanzielle Situation der Gemeinde, die den Gemeinderat zu den eher zurückhaltenden Beschlüssen geführt hat. Aus finanzieller Sicht müssen heute andere Prioritäten gesetzt werden.

Im Zusammenhang mit den Schulhaussanierungen ist geprüft worden, ob allenfalls an Stelle von bestehenden Turnhallen eine Dreifachturnhalle gebaut werden könnte, um so die Sanierungskosten für die bestehenden Turnhallen einsparen zu können. Aus Sicht der Schule wären solche Lösungen aber nicht sinnvoll gewesen und deshalb ist dieser Ansatz nicht weiterverfolgt worden.

Weil der Gemeinderat aus finanziellen Gründen keine Möglichkeit sieht, in nächster Zeit eine Dreifachturnhalle oder eine kombinierte Mehrzweck-Sporthalle zu bauen, möchte er auch nicht mit einer Bedürfnisabklärung bei den Ortsvereinen und der Bevölkerung irgendwelche Hoffnungen wecken, die dann doch nicht erfüllt werden können. Im Rahmen unserer BIO-Treffen sind die Nachbargemeinden Bolligen und Ittigen bereits angefragt worden, ob sie interessiert wären, gemeinsam eine solche Halle zu erstellen, aber bei beiden besteht zur Zeit kein Bedarf.

Das Postulat beinhaltet zudem die Idee, dass die Mehrzweckhalle samt Sportplätzen im Raum Mösli erstellt werden könnte. Das Land zwischen Bolligenstrasse, Unterer Zollgasse, Forelstrasse und Milchstrasse gehört zum grössten Teil dem Kanton. Für den Kanton und die kantonale Wirtschaftsförderung handelt es sich dabei um eine „strategische Arbeitszone“. D.h. der Kanton will in diesem Raum in Zukunft Betriebe ansiedeln - aus Sicht des Gemeinderats sollte es sich dabei um Arbeitsplätze mit möglichst hoher Wertschöpfung handeln. Im Zusammenhang mit der Entwicklung, die im ESP-Wankdorf vorgesehen ist, ist die „strategische Arbeitszone“ allerdings zurückgestellt worden. Der Grund dafür ist das Verkehrsaufkommen, das im Raum Wankdorf nicht bewältigt werden könnte, wenn innert kurzer Zeit alle angemeldeten Nutzungswünsche tatsächlich realisiert werden sollten. Über den Bau einer Mehrzweckhalle im Mösli könnte mit dem Kanton vielleicht noch verhandelt werden, aber das Verlegen der Sportplätze in diesen Bereich muss gestützt auf die bisher mit dem Kanton geführten Diskussionen ausgeschlossen werden.

Die Idee der Verlegung der Sportplätze ist trotzdem interessant, und sie rennt gewissermassen halboffene Türen ein. Entsprechende Gespräche sind nämlich bereits geführt worden, allerdings ist dabei der Raum Rothus im Vordergrund gestanden. Die Idee ist von den beiden Fussballclubs ins Spiel gebracht worden, und bei ersten Kontakten mit der Gemeinde Bolligen ist die Idee von gemeinsam errichteten Sportstätten positiv aufgenommen worden. Bolligen ist mitten in der Ortsplanungsrevision; im Jahr 2007 wird in Bolligen entschieden, ob das Gebiet rund um den bestehenden Sportplatz für sportliche Nutzungen eingezont werden soll. Auf Ostermundiger Seite ist die Planungskommission daran, ein Ortsentwicklungskonzept zu erarbeiten. Bei

dieser Gelegenheit werden wir prüfen, ob die Verlegung der Sportplätze vom Oberfeld ins Rothus mittelfristig Sinn macht. Ein kurzfristiges Verschieben ist ohnehin nicht möglich. Die Zonenplanänderung Oberfeld ist eben erst rechtsgültig geworden. Wegen der Planbeständigkeit wäre eine kurzfristige, erneute Änderung gar nicht zulässig. Auch für die Gemeinde Bolligen ist das Erstellen von gemeinsamen Sportstätten eine mittelfristige Angelegenheit.

Obwohl die Differenzen zwischen der CVP und dem Gemeinderat eigentlich nicht gross sind, empfiehlt Ihnen der Gemeinderat, das Postulat abzulehnen. Die finanzielle Situation der Gemeinde lässt den Bau einer Dreifachturnhalle oder einer Mehrzweck-Sporthalle in nächster Zeit nicht zu, und was bezüglich Bau eines Saales als Ersatz für den Tell-Saal und die Verlegung der Sportplätze geprüft werden kann, wird bereits geprüft.

**Roger Schär (SP):** Den Bau einer Mehrzweckhalle ist auch der grosse Wunsch der SP-Fraktion und somit unterstützen wir die Stossrichtung einer Bedürfnisabklärung. Jetzt wo der Standort nicht mehr fixiert ist, wird die SP-Fraktion dem Postulat zustimmen.

**Peter Wegmann (FDP):** Das Postulat basiert auf einem durchaus sinnvollen Bestreben. Einerseits benötigt unsere Gemeinde dringendst eine Mehrzweckhalle, dass im Hinblick auf die absolute Bedürftigkeit wie auch bezüglich des Grundgedankens, dass damit im langjährigen Sorgenkind TELL endlich freier und sinnvoller Handlungsspielraum entsteht. Ob es nun ein Mehrzweckhalle mit sportlichem Background sein soll oder eher kulturell ist sicher von matchentscheidender Bedeutung. Eine beidseitige Nutzung wäre sicher sinnvoll. Wenn es eine sportliche Angelegenheit wird und die Fussballplätze ins Projekt integriert werden, können aus meiner Sicht gleich zwei Seiten erfüllt werden.

Als Gründungsmitglied des FC Ostermundigen möchte ich darauf hinweisen, dass bei einem solchen Vorgehen dem FCO für sein eigenes Klubhaus zwingend ein Realersatz gewährt werden muss, was einen geschätzten Aufwand von 0,5 bis 0,8 Mio. Franken ausmacht. Andererseits müssten eintretende Vorbehalte bei der Wertabschöpfung im Oberfeld befürchtet werden. Der Gemeindepräsident hat dazu nichts erwähnt. Meines Wissens sind die Kaufverträge mit den Fussballfeldern auf dem Oberfeld mit der Stadt Bern noch nicht rechtskräftig unterschrieben. Aus dieser Erkenntnis ist die Befürchtung vorhanden, dass bezüglich der Mehrwertabschöpfung ein „Rohrkrepierer“ gezündet werden könnte.

Das Postulat können wir, obwohl es in die richtige Richtung zielt aber zu früh zum Entscheid vorliegt, nicht unterstützen.

**Marco Mantarro (FORUM):** Das FORUM unterstützt das vorliegende Postulat. Bereits früher haben wir erwähnt, dass im Bereich Rothus etwas geplant werden sollte und dies eventuell mit anderen Gemeinden zusammen. Eine Mehrzweckhalle vereint

mit Sportplätzen ist sicher schon aus finanzieller Sicht eine gute Möglichkeit. Momentan stehen die finanziellen Mittel für eine Mehrzweckhalle aber nicht zur Verfügung. Nichts desto trotz kann diesem Postulat zugestimmt werden.

**Aziz Dogan (SP):** Wir hier in Ostermundigen benötigen eine Mehrzweckhalle, damit unsere Kinder nicht nur in den Nachbargemeinden ihre Fussballturniere austragen können. Bei 15'200 Einwohnenden und 99 verschiedenen Vereinen ist eine Mehrzweckhalle kulturell wie sportlich vertretbar. Der FC Ostermundigen ist in der Schweiz der zweitgrösste Kinderfussballklub und es ist traurig, dass wir keine Mehrzweckhalle benutzen können. Wenn nur 1 % der Dorfbevölkerung pro Tag/Woche die Mehrzweckhalle benutzt und pro Wochenende rund Fr. 1'000.-- Mietzins zu bezahlen sind, kann die Gemeinde mit jährlichen Mietzinseinnahmen von Fr. 155'000.-- rechnen. Auf der anderen Seite können unseren Kindern Heimturniere in der eigenen Mehrzweckhalle angeboten werden. Betreffend die Finanzierbarkeit der Mehrzweckhalle können die Nachbargemeinden Bolligen, Ittigen oder Stettlen angefragt werden. Vielleicht haben diese auch ein Interesse an einer Mehrzweckhalle.

**Roger Schär (SP):** Die Sportplätze müssen nicht dringend an die Mehrzweckhalle angeschlossen werden. Es ist bloss eine Idee und könnte im Sinne einer Bedürfnisabklärung geprüft werden. Die Bedürfnisabklärung sollte auch aufzeigen, was von Seiten Kultur und was von Seiten Sport gewünscht wird.

**Christoph Künti (SVP):** Die Bedürfnisse der Vereine sind unbestritten, das hat bereits die Bevölkerungsumfrage aufgezeigt. An zwei Standorten wird zusammen mit dem Kanton die Erstellung einer Mehrzweckhalle geprüft. Der Regierungsrat hat für den Bau kein Interesse gezeigt und für die Gemeinde allein ist ein solches Projekt zurzeit nicht finanzierbar. Wir müssen noch etwas warten.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Eine Mehrzweckhalle oder Dreifachturnhalle ist sicher ein sympathisches Anliegen. Aber die verursachenden Kosten in der Grössenordnung von ca. 8 Mio. Franken können nicht so locker beschafft werden. Planerisch werden die Voraussetzungen geschaffen, eine Mehrzweckhalle oder eine Dreifachturnhalle auf unserem Gemeindegebiet zu erstellen. Eine Bedürfnisabklärung ist, solange keine bestimmten Bauabsichten realisiert werden, heute nicht notwendig. Aus diesem Grund bringt die Überweisung des Postulats keine Vorteile.

**Franz Kälin (CVP):** Dem Rat wurde eine Auslegeordnung pro und contra vorgestellt. Planerisch ist die Angelegenheit weiter zu verfolgen, d. h. die benötigte Landfläche ist zu reservieren.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 26. Oktober 2006

---

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 15 zu 14 Stimmen den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Das Postulat der CVP-Fraktion betreffend einer Mehrzweckhalle zwischen Bolligenstrasse und Forelstrasse sowie die Verlegung der Sportplätze vom Oberfeld dorthin wird abgeändert, begründet und abgelehnt.

74 10.374 Interpellationen

## **Interpellation der FORUM-Fraktion betreffend Eisenbahnlärm; Begründung und Beantwortung**

### **Wortlaut**

#### *1. Vorgeschichte*

*Das Projekt „Bau des 3. Geleises vom Wankdorf via Ostermundigen nach Gümligen“ wurde vor 10 Jahren im Rahmen eines ordentlichen Plangenehmigungsverfahrens durch das Bundesamt für Verkehr (BAV) bewilligt. In einer Plangenehmigungsverfügung machte das BAV den SBB die Auflage, dass sie in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Ostermundigen ein entsprechendes Projekt für Lärmschutzmassnahmen auszuarbeiten habe.*

*In der Folge fanden mit den Vertretern der Gemeinde mehrere Sitzungen statt und es wurde beschlossen, die bereits existierende Lärmschutzwand südwestlich der Geleise weiter zu führen und nordöstlich der Geleise ab Unterführung „Bernstrasse“ bis zum Durchgang „Zollgasse“ eine Lärmschutzwand zu erstellen. Ebenfalls beschlossen wurde, nordöstlich der Geleise zwischen den Unterführungen „Bernstrasse“ und „Forelstrasse“ auf eine Lärmschutzwand zu verzichten.*

*Dieser Entscheid führte am 14.5.1998 zu einer Einsprache der betroffenen AnwohnerInnen der Poststrasse, Forelstrasse, Moosweg, Bantigerstrasse und Kilchgrundstrasse, welche die vorgeschlagenen Lärmschutzmassnahmen als ungenügend erachteten und deshalb nordostseitig eine zusätzliche Lärmschutzwand von mindestens 100 m Länge forderten (von der Unterführung Forelstrasse bis zum Swisscom-Gebäude).*

*Am 3.12.1998 fand zwischen Vertretern von Gemeinde, SBB, BAV und Anwohnerschaft eine Einigungsverhandlung statt. Als Ergebnis daraus wurden die SBB verpflichtet, die Lärmemissionen zu messen und dem BAV Bericht zu erstatten.*

*Die Messungen wurden im Januar 1999 durch das Ingenieurbüro Grolimund und Petermann AG durchgeführt. Als Ergebnis wurde festgehalten, dass die Lärmemissionsgrenzwerte - mit Ausnahme von wenigen Gebäuden - knapp eingehalten werden können. Auf der Basis dieses Ergebnisses teilten die SBB der betroffenen Anwohnerschaft mit, dass sie auf die geforderten Lärmschutzwand verzichten. Das Kosten-/Nutzenverhältnis werde als zu gering eingestuft (Kosten für diese Lärmschutzwand hätten Fr. 126'000.-- betragen).*

#### *2. Heutige Situation*

*Die Bauten rund um das 3. Geleise sind in Ostermundigen abgeschlossen. Geblieben ist der Lärm der Züge, der die Lebensqualität sehr vieler AnwohnerInnen vermindert. Vor allem der Nachtlärm der Güterzüge und die stark zunehmenden Rangierfahrten lassen viele AnwohnerInnen immer schlechter schlafen. Selbst bei geschlossenen Fenstern ist der Lärm, der in den letzten Jahren massiv zugenommen hat, deutlich hörbar. Dafür könnten folgende Hauptgründe genannt werden:*

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 26. Oktober 2006

---

- *Auf der Südwestseite des Geleises wurden die Lärmschutzvorrichtungen realisiert; doch nützen sie der Anwohnerschaft nordöstlich der Geleise wenig. Im Gegenteil! Durch die errichteten Lärmschutzvorrichtungen hat der Lärm zugenommen, weil er durch die Schutzwand auf der anderen Seite aufgefangen und in die Gegenrichtung zurück geworfen wird (Schallmauereffekt).*
- *Der Güterzugsverkehr hat massiv zugenommen; während der ganzen Nacht verkehren Güterzüge. Die damals in Aussicht gestellte Hoffnung, die Güterzüge würden mit leiseren Rollmaterialien ausgerüstet, hat sich in keiner Art und Weise erfüllt. Die vermehrt ausländischen Güterwagen liegen wohl ausserhalb der SBB-Einflussnahme.*
- *Das inzwischen gebaute „Paket-Zentrum Mösli“, das über eigene Geleise verfügt, verursacht viele lärmige Rangierfahrten in der Nacht.*

*Durch den NEAT-Verkehr (bevorstehende Eröffnung des Lötschberg-Basistunnels) werden die Lärmemissionen weiter zunehmen. Letztlich wird vermutet, dass die Lärmwerte bereits beim heutigen Verkehrsaufkommen den gesetzlichen Anforderungen nicht mehr genügen.*

*Kürzliche Lärmmessungen einer professionellen Firma (an verschiedenen Liegenschaften im Bereich Forelstrasse, Moosweg und Bantigerstrasse) haben diese Vermutung untermauert. Beispielsweise wurde anlässlich dieser Messungen festgestellt, dass einzelne Güterzüge und Rangierfahrten über 70 dB Lärm verursachen (Grenzwerte Tag/Nacht = 60/50 dB). Dabei ist der betroffenen Anwohnerschaft bewusst, dass die Immissionsgrenzwerte gemäss den Vorschriften nicht bei einzelnen Zügen Anwendung finden, sondern immer auf Durchschnittsberechnungen basieren. Was nichts an der Tatsache ändert, dass der Lärm in unregelmässigen Intervallen entsteht und darum von den AnwohnerInnen nicht als Durchschnittslärm gehört wird. Durch die stark gestiegene Anzahl Züge wird vermutet, dass selbst die Durchschnittswerte über den zulässigen Grenzen liegen.*

### **Fragen**

- a. *Wann kontrolliert die Gemeinde auf eigene Kosten oder der SBB den Erfolg der vom Bund resp. den SBB damals geplanten und durchgeführten Lärmschutzmassnahmen?*
- b. *Erfüllen die realisierten Lärmschutzmassnahmen die heute gültigen gesetzlichen Bestimmungen?*
- c. *Sind in Zusammenhang mit der Eröffnung des Lötschberg-Basistunnels, der den Zugsverkehr ab 2007 drastisch ansteigen lassen wird, weitere Massnahmen zur Verminderung der Lärmemissionen vorgesehen?*
- d. *Wie verpflichtet die Gemeinde den Lärmverursachenden, allfällig entdeckte Lärmschutzlücken auf seine Kosten rasch zu schliessen?*

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 26. Oktober 2006

---

- e. *Ist die Gemeinde bereit, allfällige Lärmschutzlücken zu Gunsten der Wohnqualität der Bevölkerung in eigener Regie zu schliessen, falls die Auslegung der eidg. Gesetzgebung zu unverständlichen Grenzfällen führen sollte?*
- f. *Ist die Gemeinde bereit, die Lärm-Duldenden (AnwohnerInnen) über alle geeigneten Lärmschutzmassnahmen periodisch zu informieren sowie gratis zu beraten?*

**Walter Bruderer (FORUM):** Die Umbauarbeiten für das 3. Gleis sind im Bereich Ostermundigen schon lange abgeschlossen. Im Interesse der Wohnqualität für die Gleis-Anwohnerschaft ist es darum höchste Zeit zu prüfen, ob die vor Baubeginn am grünen Tisch erarbeiteten Pläne die nötige Lärmabwehr gebracht haben. Aus der Sicht „Wohnqualität“ ist es nicht verständlich, wenn an gewissen Orten längs der Gleise die Lärmschutzwand fehlt oder wenn an der Oberen Zollgasse in einem Block, der direkt neben und fast parallel zu den Gleisen steht, in den meisten Wohnungen vom Block die Fenster ersetzt worden sind und in anderen Wohnungen vom gleichen Block nicht, weil jene Fenster 1 m weiter vom Gleis entfernt sind.

Wenn Vertreter der Gemeinde mit den SBB zusammen kommen, sollten sie auch noch andere Pendenzen behandeln:

Verständlich ist, wenn die Bahnen ihre Wartsäle ausserhalb der Präsenzzeit vom Personal schliessen. Nicht verständlich ist es, wenn auf dem Perron für die Gleise 2 und 3 eine wettergeschützte, schliessbare Wartehalle besteht und auf der Bahnhofseite beim Gleis 1 nicht. Bei steifer Bise ist es im Winter auf dem Bahnhof alles andere als gemütlich, auf die Züge Richtung Bern zu warten. Es sollte verlangt werden, dass die Züge näher bei der Unterführung halten. Wichtig ist auch, dass der Gemeinderat Druck auf die Bahn ausübt, damit zwischen „Gümligen und Bern“ während der Pendlerzeiten der echte 15-Minuten-Takt rasch erreicht wird.

Wir hoffen sehr, der Gemeinderat sei bereit, die SBB in die Pflicht zu nehmen und greife zu Gunsten der Bahnanwohnenden notfalls selber zu Verbesserungen, sofern es Fälle gibt, welche die SBB gesetzlich nicht verpflichten. Danke im Voraus für die Antworten.

**Egon Julmi (FDP):** Aus Sicht des Gemeinderates haben die Interpellanten die Ausgangslage weitgehend richtig beurteilt und wiedergegeben. Da die gestellten Fragen grundsätzlich den gleichen Themenkreis betreffen, sollen sie gesamthaft und integral beantwortet werden. Der Gemeinderat und die zuständigen Verwaltungsabteilungen stellen sich im Kern der aufgeworfenen Fragen hinter die Anliegen der Interpellation. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass sich der Ausbau des SBB-Streckennetzes der NEAT vor allem im dicht besiedelten Gebiet der Städte und Agglomerationen für die Anwohnerschaften auch nachteilig auswirkt. Die gewünschte Verdichtung des öV-Netzes vor allem im Bereich des Gütertransitverkehrs kann nur mit einer stärkeren Frequentierung des Schienennetzes realisiert werden. Zwangsläufig wirkt sich diese Tatsache auch störend auf einen Teil der Bevölkerung aus.

Der Gemeinderat von Ostermundigen hat sich bereits in den Plangenehmigungsverfahren beim Bundesamt für Verkehr stark für die Interessen der Ostermundigen-Bevölkerung eingesetzt. Insbesondere im Bereich „Lärmschutz“ konnten zusätzliche Massnahmen und Optimierungen erwirkt werden, welche teilweise über die gesetzlichen Minimalanforderungen hinaus gehen. Selbstverständlich konnten nicht alle Bedürfnisse zur vollen Befriedigung aller Betroffenen erfüllt werden, trotzdem ist der Gemeinderat der Meinung, im Rahmen der einzelnen Genehmigungsverfahren das Machbare unternommen zu haben.

Zurzeit untersucht das Hochbauamt zusammen mit dem Bundesamt für Verkehr den bereits in Betrieb stehenden Streckenabschnitt zwischen der Verzweigung Wankdorf und dem Bahnhofareal Ostermundigen auf die Vereinbarkeit mit der Plangenehmigung und den aktuellen umweltrechtlichen Bestimmungen der Bundesgesetzgebung. Inwieweit daraus für die SBB als Eigentümerin, bzw. die BLS als Betreiberin des Streckennetzes eine Sanierungspflicht (im Sinne von ergänzenden Lärmschutzmassnahmen) entsteht, ist zur Zeit noch offen. Mit in die Untersuchungen einbezogen wird auch der zwischenzeitlich fertig gestellte und in Betrieb gegangene Neubau der Schweizerischen Post (Paketpostzentrum Milchstrasse). Bereits die Gesetzgebung regelt klar und eindeutig, dass Lärmschutz- und Lärmsanierungsmassnahmen durch den Verursacher zu tragen sind. Selbstverständlich verpflichtet die Gemeinde den Verursacher im Rahmen der gesetzlich vorgesehenen Möglichkeiten zur Behebung allfälliger Mängel und Lücken.

Inwieweit der Gemeinderat allenfalls bereit ist, zusätzlich zu den durch den Verursacher zu tragenden Massnahmen weitere Optimierungen in eigener Regie umzusetzen, kann heute nicht vorausgesagt werden. Aus präjudiziellen Gründen dürfte dies aber etwas problematisch und nur in absoluten Härtefällen möglich sein.

Da die Untersuchungen an den bestehenden Anlagen noch nicht abgeschlossen sind und insbesondere der Bericht des zuständigen Bundesamtes noch aussteht, kann im heutigen Zeitpunkt auch kein Massnahmenpaket vorgestellt werden. Der Gemeinderat ist aber bereit, die Interpellanten bei Vorliegen der Resultate über das weitere Vorgehen zu orientieren. Selbstverständlich wird auch die betroffene Anwohnerschaft über vorgesehene Massnahmen umgehend informiert. Die Beratung durch das Hochbauamt, welches durch das Büro IC (Infraconsult AG, Bern) im Rahmen ihres permanenten Umweltmandates unterstützt wird, steht den Betroffenen selbstverständlich jederzeit kostenlos zur Verfügung.

**Walter Bruderer (FORUM):** Ich bin mit der Beantwortung zur Hälfte zufrieden.

75     10.372     Motionen  
       10.11     Reglemente Gemeinde

**Motion der SVP-Fraktion betreffend Verfassen eines Reglements über die Verwendung der Einnahmen aus der Abschöpfung von Planungsvorteilen (Mehrwertabschöpfung); Begründung**

**Wortlaut**

*Der Gemeinderat wird beauftragt, ein Reglement zu verfassen, welches die Verwendung der Einnahmen aus der Mehrwertabschöpfung festlegt, wobei auch die Möglichkeit zu schaffen ist, dass die Gelder auch für Spezialfinanzierungen verwendet werden können.*

**Begründung**

*Seit einigen Jahren wurde in der Gemeinde Ostermundigen die Abschöpfung von Planungsvorteilen (Mehrwertabschöpfung) beschlossen. Dem Grossen Gemeinderat ist die Verwendung der Gelder nur im Groben bekannt, da bei den einzelnen Vorlagen jeweils die Aussage gemacht wird, dass die Gelder für Infrastrukturanlagen verwendet werden.*

*In letzter Zeit wurden immer wieder Vorstösse unternommen, um die Gelder für die Erstellung von Wasser- und Abwasserleitungen einsetzen zu können. Die Antworten fielen jeweils etwas karg aus. Wir sind der Ansicht, dass es sehr wohl möglich wäre, die Gelder für diese Anlagen zu verwenden. Im gleichen Verfahren werden nämlich Strassen und Plätze aber auch Leitungsbau mit privater Grundeigentümerschaft geregelt. Die Erstellung wird den GrundeigentümerInnen auferlegt und nach Fertigstellung der Anlagen von der Gemeinde im Eigentum und Unterhalt übernommen. Wir fragen uns, warum dies bei der Gemeinde nicht möglich sein soll. Es ist unseres Erachtens auch unfair, die Spezialfinanzierungen mit teuren Neubauten zu belasten und diese wiederum über Gebühren zu finanzieren. Wir befürchten eine enorme Gebührenexplosion oder ein Fiasko in den jeweiligen Spezialfinanzierungen.*

**Christoph Künti (SVP):** Ich möchte noch eine Präzisierung zur Begründung anbringen: Aus verschiedenen Gesprächen ging die Meinung hervor, dass wir die Gelder der Mehrwertabschöpfung für die Spezialfinanzierung zweckgebunden einsetzen wollen. Das ist aber nicht unsere Idee. Wir wollen ein Reglement des Gemeinderates, welches die heutigen Richtlinien klar stipuliert und dass eine Möglichkeit aufgezeigt wird, dass die Spezialfinanzierung bei Notwendigkeit angezapft werden kann. Momentan sehen die Spezialfinanzierungen bis ins Jahr 2011 gut aus. Doch wir wollen die Möglichkeiten über diesen Zeitpunkt hinaus besitzen.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Der Gemeinderat ist mit einer Einschränkung bereit, die Motion entgegen zu nehmen. Da wir in nächster Zeit mit ver-

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 26. Oktober 2006

---

hältnismässig hohen Mehrwertabschöpfungsbeiträgen rechnen, ist es zweckmässig, die Verwendung dieser Gelder in einem Reglement zu regeln.

Die Mehrwertabschöpfung hat der Gemeinde bis heute Einnahmen von ca. Fr. 500'000.-- beschert. Mehrwerte sind abgeschöpft worden bei der Liegenschaft Mitteldorfstrasse 6, der Überbauung Dennigkofenweg und bei der Kartonfabrik Deisswil. Von diesem Geld hat der Gemeinderat Fr. 35'000.-- für den Bau der Rösswilbrücke ausgegeben. Dem Finanzplan können Sie entnehmen, dass wir in den nächsten Jahren mit Einnahmen aus den Mehrwertabschöpfungen von rund 24 Mio. Franken rechnen dürfen. Im Vergleich zu den bisher abgeschöpften Geldern handelt es sich tatsächlich um eine andere Grössenordnung, und deshalb ist es gerechtfertigt, die Verwendung der Gelder in einem Reglement juristisch besser abzustützen.

Der Gemeinderat ist auch bereit, dem Parlament aufzuzeigen, was unternommen werden muss, damit die Gelder auch für Spezialfinanzierungen eingesetzt werden können. Allerdings - und das ist jetzt die Einschränkung - bedeutet das nicht, dass der Gemeinderat diese Idee auch tatsächlich unterstützt. Es bringt aber auch nichts, heute noch lange über diese Idee zu diskutieren. Ob es sinnvoll ist, Gelder aus der Mehrwertabschöpfung für Spezialfinanzierungen einzusetzen, diskutieren und entscheiden wir am besten bei der Beantwortung der Motion auf der Basis des Reglementsentwurfs.

Wie gesagt, mit dieser Einschränkung ist der Gemeinderat bereit, die Motion entgegen zu nehmen.

**Michael Meienhofer (FORUM):** Zum Glück haben wir zu diesem Thema Unterstützung durch die Motion der SVP-Fraktion erhalten. In letzter Zeit haben bereits ein Vielfaches versucht (auch mit Vorstössen), die Mehrwertabschöpfung richtig zu verteilen. Die Wasser- und Abwasserthematik am Flurweg haben wir hier im Rat besprochen. Schon damals haben wir - auch in Bezug auf die gesamte Erschliessung (neue Buslinie, Trottoir etc.) - auf die Mehrwertschöpfung aufmerksam gemacht.

In den „Richtlinien für die Ausarbeitung von Verträgen und den Ausgleich der Planungsvorteilen vom 27. Oktober 1992 ist in Artikel 4 festgehalten:

*Die Gemeinde verwendet die erzielten Planungsvorteilen zweckgebunden für die Verbesserung der Infrastrukturanlagen der Naherholungsgebiete sowie für die Förderung des öffentlichen Verkehrs.*

Das FORUM unterstützt die vorliegende Motion.

**Heinz Gfeller (FDP):** Ich schlage dem Erstunterzeichner vor, im Wortlaut der Motion im zweiten Nebensatz die folgende Korrektur vorzunehmen:

*... wobei auch die Möglichkeit zu prüfen ist, ...*

Der legale Aspekt ist zu berücksichtigen. Wir können nicht gegen Gesetzes-Windmühlen kämpfen. Auch betriebswirtschaftliche Aspekte müssen berücksichtigt werden. Ob es sinnvoll ist, Spezialfinanzierungen durch andere Quellen zu etablieren, bleibt dahingestellt. Doch „prüfen“ können wir diese immer.

**Rudolf Kehrli (SP):** Ich bin froh, dass Christoph Künti vorgängig erwähnt hat, was er mit den Erträgen aus der Mehrwertabschöpfung beabsichtigt. Es darf nicht Sinn und Zweck sein, diese Beträge für Wasser- und Abwasserleitungen einzusetzen. Diese Anlagen sind selbständig und die erst kürzlich hier im Rat beschlossene Gebührenerhöhung hat sich bereits im Finanzplan ausgewirkt. Die Gebühren sind moderat und konkurrenzfähig mit anderen Gemeinden. Die Mehrwertabschöpfung darf nur in den Steuerhaushalt investiert werden. Nur unter dieser Bedingung kann die SP-Fraktion der Motion zustimmen. Schlussendlich wird der Steuerfuss tangiert und dieser soll attraktiv bleiben. Im Finanzplan sind die Mehrwertabschöpfungen von 10 Mio. Franken berücksichtigt und dürfen dort nicht weggekippt werden.

**Christoph Künti (SVP):** Ich bin mit der Abänderung des Wortlauts auf „prüfen“ einverstanden.

**Walter Bruderer (FORUM):** Ich bin überrascht von der Aussage von Rudolf Kehrli, dass er die Wasser- und Abwassergebühren hier ausschliessen will. Wenn die Anschlussgebühren die Aufwendungen der Gemeinde decken würden, wäre auch ich damit einverstanden. Doch dies trifft in keiner Art und Weise zu. Im Prinzip sind nur bei den Neuinvestitionen 9 Mio. Franken, welche die durchschnittlichen Wasser- und AbwasserbezüglerInnen aus dem eigenen Portemonnaie zu bezahlen haben. Die Gebühren müssen verursachergerecht belastet werden. Es ist aber nicht verursachergerecht, wenn der durchschnittliche Ostermundiger Gebührenzahlende die Gemeindeentwicklung (z. B. am Flurweg, im Oberfeld, am Rütihoger etc.) finanzieren muss.

Wenn das nicht geändert wird, sehe ich mich umgehend gezwungen, eine Gemeindebeschwerde einzureichen. Bereits bei zwei Geschäften habe ich auf diesen Missstand hingewiesen. In den Richtlinien wird explizit von Infrastrukturanlagen gesprochen und Wasser- und Abwasserleitungen sind davon nicht ausgeschlossen.

**Ratspräsident:** Es liegen keine weiteren Äusserungen zum Geschäft vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 29 zu 2 Stimmen den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Die Motion der SVP-Fraktion betreffend Verfassen eines Reglements über die Verwendung der Einnahmen aus der Abschöpfung von Planungsvorteilen (Mehrwertabschöpfung) wird erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen.

76 10.372 Motionen  
50.812.2 Verkehrsregelung; bei Anlässen

**Motion der SVP-Fraktion betreffend drohendes Verkehrschaos rund um die EURO 08 verhindern; Begründung**

**Wortlaut**

*Der Gemeinderat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit weiteren betroffenen Gemeinden rund um Bern bei der Gemeinde Bern darauf hin zu wirken, dass die Spiele der EURO 08 im Stade de Suisse für alle positiven Nutzen bringen und möglichst keine Verkehrsbehinderungen bringen.*

*Dabei sind insbesondere folgende Punkte einzubringen:*

- *Die Stadt hat durch eine möglichst flüssige Verkehrsführung und die Bereitstellung der notwendigen Parkplätze die Grundlage für eine EURO 08 ohne Verkehrsbehinderungen zu schaffen.*
- *Der Individualverkehr der AnwohnerInnen der umliegenden Gemeinden und ihrer BesucherInnen soll nicht behindert werden.*
- *Auf jegliche Behinderungen des lokalen Gewerbes bei allfälligen Verkaufsaaktionen soll verzichtet werden.*

**Begründung**

*Zur Freude zahlreicher Ostermundiger Fussball- und Konzertfans liegt das Stade de Suisse in nächster Nähe zu unserer Gemeinde. Zuweilen erübrigt sich sogar der Billettkauf, waren doch die Klänge von Robbie Williams auch von den meisten Mundiger Balkonen aus gemütlich mitzuverfolgen.*

*Wie sich im Umfeld der jüngsten Anlässe aber auch gezeigt hat, ist das Verkehrsproblem jedoch gerade aus Sicht der AnwohnerInnen unserer Gemeinde alles andere als gelöst. Gegenwärtig laufen auch in der Gemeinde Bern die Diskussionen um die Verkehrskonzepte im Hinblick auf die EURO 08. Es ist davon auszugehen, dass ein grosser Teil der ZuschauerInnen aus dem benachbarten Ausland mit dem Auto bzw. Cars anreisen wird. Diesem Umstand ist durch eine möglichst flüssige Verkehrsführung und ausreichend Parkplätze möglichst nahe beim Stadion Rechnung zu tragen.*

*Dabei ist den Interessen der Bevölkerung Ostermundigens und den der anderen umliegenden Gemeinden Rechnung zu tragen. Der öffentliche und der Individualverkehr der AnwohnerInnen und ihrer BesucherInnen soll nicht behindert werden. Zudem soll auch das lokale Gewerbe nach Möglichkeit vom Anlass profitieren können. Alle positiven Nebeneffekte wie die Werbung für unsere Gemeinde sollen genutzt werden können, damit die EURO 08 auch für die unmittelbaren NachbarInnen zum positiven Erlebnis werden.*

**Markus Truog (SVP):** Die SVP-Fraktion befürchtet im Zusammenhang mit der Euro 08 noch grössere Verkehrsbewegungen als während den kürzlich stattgefundenen Konzerten oder während der 10 tägigen BEA. Mit dieser Motion wollen wir den Gemeinderat frühzeitig beauftragen, sich zusammen mit der Stadt Bern den Verkehrsfluss während der Dauer der EURO 08 möglichst flüssig zu halten. Ich bitte den Rat, die Motion zu überweisen.

**Gemeinderat Thomas Iten (SP):** Der Gemeinderat hat die Motion geprüft und ich muss mit meiner Stellungnahme einwenig ausholen:

#### *Bewältigung Verkehrsaufkommen EURO 08*

Bereits seit 2005 wird im Rahmen des Projekts "EM 08 Hostcity Bern" ein Teilprojekt "Verkehr" geführt. Darin sind alle wesentlichen mit Verkehrsfragen befassten Behörden von Kanton, Stadt Bern und umliegenden Gemeinden vertreten; so auch die Gemeinde Ostermundigen durch den Abteilungsleiter Öffentliche Sicherheit (AL ÖS). Die Projektgruppe hat erste Schätzungen zum Verkehrsaufkommen gemacht, diese sind aber noch nicht sehr präzise, da sie stark von den noch nicht bekannten Nationalmannschaften, welche in Bern spielen werden, abhängen. Am 2. Dezember 2007 wird der definitive Spielplan bekannt gemacht. Trotzdem hat man aufgrund grober Schätzungen bereits mögliche Parkplatzfelder ausgemacht. In der Umgebung Ostermundigen wird dabei die "Kleine Allmend" als PP für 1'000 - 1'500 PW in Betracht gezogen. Fixe Entscheide sind jedoch noch nicht gefallen. Ebenso ist auch die Verkehrsführung noch nicht bestimmt. Der seitens der Gemeinde Ostermundigen in der Projektgruppe teilnehmende AL ÖS würde selbstverständlich reagieren und die Gemeinde informieren, sollte ein Verkehrskonzept erarbeitet werden, das Ostermundigen über Gebühr belastet.

Abschliessend sei noch festgehalten, dass es sich hier nicht um einen wochenlangen Ausnahmezustand handelt. Bern wird Austragungsort für drei Spiele sein. Nur im Umfeld dieser Spieltage ist mit einem enormen Zustrom von Fans und Interessierten zu rechnen.

#### *Nutzung EURO 08 durch lokales Gewerbe*

Neben dem Hauptpunkt des Interesses, dem Stade de Suisse, ist es geplant, sogenannte "Fan-Meilen" zu errichten. Die Orte für diese „Fan-Meilen“ sind noch nicht bestimmt, werden aber voraussichtlich eher im Stadtgebiet liegen. Eine gewisse zentrale Funktion könnte aus Sicht unserer Gemeinde allerdings der Bahnhof Ostermundigen erhalten, falls die Kapazitäten der Station Wankdorf nicht ausreichen. Auch diese Frage ist in der Projektgruppe noch offen. Sollte es jedoch zu einem solchen Entscheid kommen, so wäre zu prüfen, inwieweit Verkaufsstände und Angebote für die Fans am Bahnhof möglich sind. Es ist Aufgabe der politischen Behörden (insbesondere Polizeikommission) sich dazumal bei der Erteilung von Bewilligungen flexibel zu zeigen. Klare Konzepte für eine optimale gewerblichen Nutzung des Anlasses können aber erst in einem späteren Zeitpunkt, bei Bekanntsein der wesentlichen Eckdaten aufgestellt werden.

### *Weiteres Vorgehen*

Da - wie erklärt - bereits ein Projektteam zum Thema "Verkehr an der EM 08" besteht und Ostermundigen dort im Rahmen seiner Vertretung seine Interessen an einer umsichtigen Verkehrs- und Parkplatzhandhabung einbringt, ist das Hauptanliegen der Motion bereits berücksichtigt. Die Frage der Nichtbehinderung von Verkaufsaktionen des lokalen Gewerbes ist zu einem späteren Zeitpunkt und im Einzelfall durch die Bewilligungsbehörde zu berücksichtigen. Es wird daher vorgeschlagen, die Motion als im wesentlichen bereits erfüllt zu betrachten und in diesem Sinne als "erledigt abzuschreiben".

**Marco Mantarro (FORUM):** Das FORUM stimmt der Motion zu. Es werden sechs Spiele im Wankdorf ausgetragen: 7., 12. und 17. Juni je ein Gruppenspiel, am 21. und 22. Juni je ein Viertelfinalspiel sowie am 25. Juni ein Halbfinalspiel. Jedes Spiel wird rund 31'783 Besuchende anlocken. Beim Stadion stehen 700 Parkplätze zur Verfügung. Ein Chaos ist vorprogrammiert.

Wichtig ist, dass die Besuchenden mit Zug und Shuttlebus zum Stadion geführt werden. Der Bahnhof Wankdorf ist zu klein für lange Fanzüge - wir haben bereits vor dem Bau des Stadions auf diesen Missstand hingewiesen. Es soll aber niemandem in den Sinn kommen, die Fans via Bahnhof Ostermundigen zum Stadion zu führen! Das wäre nicht gut für unseren Bahnhof und unsere Gemeinde.

Zu berücksichtigen ist auch, dass das Park- und Verkehrskonzept dieser EM für unsere Gemeinde keine zusätzlichen finanziellen Kosten generieren darf. Doch dieser Umstand wird sicher nicht zu vermeiden sein.

**Rudolf Mahler (SP):** Die Euro 08 ist der drittgrösste Sportanlass der Welt. Unsere Region gilt als einer der Austragungsorte und darauf können wir stolz sein. Wir heissen alle Fussballer und Fussballbegeisterte herzlich Willkommen.

*„Ostermundigen fühlt sich in der Rolle des Gastgebenden wohl. Wir werden alles daran setzen, damit es den Gästen in der Region wohl sein wird. Damit steht einem wundervollen Grossereignis nichts mehr im Wege. Ostermundigen ist mehr als 90 Minuten Fussball!“*

In diesem Zitat wurde Basel durch Ostermundigen ersetzt! So steht es auf der offiziellen Internetseite der Region Basel.<sup>4</sup>

Die Region Basel zeigt uns den richtigen Weg auf. Nur mit einem pffrigen Angebot und einer grossen Offenheit und Gastfreundschaft kann Ostermundigen und damit auch das Ostermundiger Gewerbe von diesem Grossanlass profitieren. Dass dies auch mit gewissen Unannehmlichkeiten wie Verkehrsbehinderungen verbunden ist, sollte allen klar sein. Schon ohne Euro 08 ist oftmals mit überbordendem motorisiertem Individualverkehr zu rechnen.

---

<sup>4</sup> [http://www.euro08.basel.ch/de/euro\\_2008/home?driftsid=7bdd31819b8e6bcb2e904cf751dbc99d](http://www.euro08.basel.ch/de/euro_2008/home?driftsid=7bdd31819b8e6bcb2e904cf751dbc99d)

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 26. Oktober 2006

---

Die SP-Fraktion staunt über die vorliegende Motion der SVP-Fraktion und lehnt diese einstimmig ab. Wir wollen nicht Schuld haben, wenn sich die Berner Presse über Ostermundigen lustig macht. Wir danken jedoch der SVP für das Wachrütteln in Bezug auf die Euro 08; es wäre schade, wenn dieser Grossanlass in Ostermundigen als nur etwas lästiges und verkehrsproduzierendes empfunden würde. Ideen sind gefragt!

**Aliki Maria Panayides (SVP):** Im Gegensatz zur SP geht es der SVP nicht nur darum gut dazusehen, sondern auch gute Politik zu machen und nicht im Verkehrsstau zu stehen. Die Stellungnahme des Gemeinderates tönt gut und wir finden es super, dass bereits Gespräche in diese Richtung geführt wurden. Doch es tönt auch nach dem Prinzip „Hoffnung“. Wie sich die Situation präsentieren wird, kann erst am ersten Spieltag festgestellt werden und vielleicht stehen wird dann im Stau. Aus unserer Sicht ist es verfrüht, diese Motion abzuschreiben und wir bitten den Rat, diesen Vorstoss zu unterstützen.

**Rahel Wagner (EVP):** Die EVP-Fraktion wird die Motion nicht unterstützen. Für die Sicherheit und den Verkehr während der Euro 08 ist die Stadt Bern zusammen mit dem Kanton zuständig. Die Gemeinde Ostermundigen wurde ebenfalls bereits miteinbezogen. Den Medien konnte entnommen werden, dass die Verkehrsmassnahmen der Euro 08 ein ganz zentraler Punkt sind. Ihnen wird ein wichtiges Augenmerk zuteil kommen und die Motion rennt somit offene Türen ein.

Wir stören uns aber am Anspruch, möglichst von der Euro 08 zu profitieren aber keine negativen Auswirkungen dafür in Kauf zu nehmen. Die Besucherinnen und Besucher dieses Grossanlasses sollen unser Gewerbe berücksichtigen, aber keinen Verkehr verursachen. Wir fragen uns, wie das Geschehen soll? Wir stellen uns auch die Frage, wie sich die Gemeinde auf diesen Event vorbereitet?

Apropos: Unter [www.bern.ch/euro08](http://www.bern.ch/euro08) können der Stadt Bern Fragen, Anregungen, Ideen und Kritik zur Euro 08 eingereicht werden.

**Norbert Riesen (SP):** Dem Votum von Rudolf Mahler möchte ich noch zwei Ergänzungen anfügen:

- Marco Mantarro hat erwähnt, dass sechs Spiele in Bern stattfinden. Dem ist nicht so: Basel ist als Viertel- und Halbfinalspielort gesetzt. Die Schweiz wird mit Sicherheit nicht in Bern spielen. Die Schweizergruppe kennt neben Basel als zweiten Austragungsort Zürich.
- Ich habe Mühe mit der gegenwärtigen Geisteshaltung: Überall sucht man die Chancen. Im Berner Oberland möchte man möglichst viele Mannschaften akquirieren und verkörpert Lebensfreude. Man kann überall zuerst die Gefahren suchen - wie die SVP-Fraktion. Aber man kann auch überall die Chancen suchen und dies hat vor allem die Gemeinde Ostermundigen nötig.

**Gemeinderat Thomas Iten (SP):** Die Präzisierung von Norbert Riesen ist richtig. Es finden effektiv nur drei Spiele im Stade de Suisse statt, da das Fassungsvermögen des Stadions nur 30'000 statt den geforderten 40'000 Plätzen anbieten kann.

Es wurde viel über den Verkehr gesprochen. In Deutschland war während der Weltmeisterschaft der Slogan „zu Gast bei Freunden“ in aller Munde. Vielleicht können wir mit der „Fanmeile, die am Stadion am nächsten ist“ ebenfalls eine Chance nutzen. Bis in ungefähr einem halben Jahr sollten alle näheren Einzelheiten von Seiten der Stadt Bern bekannt sein. Dann gilt es, dass Potenzial für spezielle Events während der Euro 08 zu nutzen. Hier entsteht eine Chance für uns alle.

**Walter Bruderer (FORUM):** Es geht nicht darum, hier etwas zu vermiesen. Alle sind glücklich, wenn so ein grosser Fussballanlass in der Schweiz stattfindet. Wir vom FORUM möchten, dass der gesamte Verkehr mit dem sinnvollsten Aufwand zirkulieren kann. Viele ausländischen Zuschauerinnen und Zuschauer werden mit dem Flugzeug anreisen und den Flugplatz Belpmoos (oder Kloten) in Anspruch nehmen. Ist die RBS und SBB bereit, die Gäste vom Belpmoos ins Wankdorf oder in die Stadt mit Extrazügen zu befördern?

**Ratspräsident:** Zur vorliegenden Motion liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 18 zu 9 Stimmen den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Die Motion der SVP-Fraktion betreffend drohendes Verkehrschaos rund um die EURO 2008 verhindern wird begründet und abgelehnt.

77	10.372	Motionen
	10.443	Liegenschafts- und Landverkäufe
	30.461	Restaurant Tell

### **Motion der SVP-Fraktion betreffend TELL verkaufen; Begründung**

#### **Wortlaut**

*Der Gemeinderat wird beauftragt, umgehend den Verkauf des Tell an die Hand zu nehmen.*

#### **Begründung**

*In diesen Tagen finden sich die MundigerInnen einmal mehr beim Restaurant Tell vor verschlossenen Türen. Dies zeigt, dass die aktuelle Pachtpolitik keine taugliche Grundlage für ein florierendes Restaurant ist.*

*Aus Gastgewerbesicht wäre der Tell ein idealer Betrieb, der über alles verfügt, was es für eine attraktive Lokalität braucht: Säle für Anlässe, genügend Parkplätze, prominente Lage, direkt an der Bushaltestelle, eine Terrasse, kurze Servicewege und eine intakte Infrastruktur.*

*Der Betrieb kann aber nur rentabel geführt werden, wenn der Wirt in eigener Regie tätig sein kann. Mit der heutigen Lösung, insbesondere der Loslösung des Saals, ist dies nicht möglich. Die Situation kann nur für alle Seiten befriedigend gelöst werden, wenn der Tell verkauft und die Benutzung des Saals durch die Gemeinde künftig über eine Mietlösung gesichert wird.*

**Aliki Maria Panayides (SVP):** Eigentlich sind wir alle hier im Saal ein wenig schuldig, dass der TELL ein Problemgeschäft ist und, dass infolge der Einmischung der Gemeinde zum Tellaal, alle paar Jahre wieder ein neuer Wirt gesucht werden muss. Das Konzept hat sich nicht bewährt. Lösen wir uns von dem Problemgeschäft und verkaufen den TELL. Wenn keine Alternative gefunden wird, kann die Gemeinde den Tellaal zur Benützung mieten.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Dem Motionstext und der Begründung kann entnommen werden, dass der Tell in seiner heutigen Form verkauft werden soll und das mit der Auflage, ihn als Gastwirtschaftsbetrieb weiter zu führen. Aus finanzieller Sicht möchte ich folgende Überlegungen anstellen:

- Die aktuellen Buchwerte betragen für den Restaurant-Teil 1,5 Mio. Franken und für den Saalbau Fr. 311'418.--, total also gut 1,8 Mio. Franken.
- Gemäss STRATUS müssen in nächster Zeit pro Jahr Fr. 150'000.-- für werterhaltende bauliche Massnahmen ausgegeben werden. Dieser bauliche Sanierungsbedarf kann von einem privaten Eigentümer nicht einfach ignoriert werden.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 26. Oktober 2006

---

- Gemäss einer Grobkostenschätzung der Abteilung Hochbau kostet eine Totalsanierung von Saalbau und Restaurant ca. 5,7 Mio. Franken, was jährliche Folgekosten von Fr. 400'000.-- für Abschreibungen und Zinsen zur Folge hat.
- In den guten Zeiten beliefen sich die Mieteinnahmen aus der Gastwirtschaft auf ca. Fr. 100'000.--. Wenn wir jetzt annehmen, dass ein Wirt anstatt Fr. 100'000.-- Miete zu bezahlen, dieses Geld in die Liegenschaft investieren kann, stellen wir fest, dass die Rechnung nicht aufgeht. Selbst wenn er aus dem Saalbetrieb zusätzliche Einnahmen generieren kann, kann er kaum die erwarteten jährlichen Unterhaltskosten abdecken, und schon gar nicht die Folgekosten einer Gesamt-sanierung. Es wird deshalb dem Wirt nicht möglich sein, einen hohen Kaufpreis zu verzinsen und zu amortisieren.

Aus Sicht der Gemeinde bedeutet das, dass ein sofortiger Verkauf des Tell mit den erwähnten Auflagen mit grosser Wahrscheinlichkeit einen erheblichen Buchverlust zur Folge hätte.

Die Aussage der MotionärInnen, der Tell sei aus Gastgewerbesicht ein idealer Betrieb, muss relativiert werden. Zumindest kam eine Fachperson des Hoteliervereins 2003 zu einem andern Schluss. Wir hatten die Fachperson beigezogen, bevor das Sozialprojekt Tell den Zuschlag erhalten hat, und sie hat damals untersucht, welche Nutzungen sich für die Brasserieäumlichkeiten eignen würden. Einem herkömmlichen gastronomischen Betrieb hat sie bei gleich bleibender Betriebsgrösse wenig Chancen gegeben. Weder mit Nischenpolitik noch mit hoher Gastronomie könne der Restaurantteil ohne hohes Risiko betrieben werden. Die Gründe für diese pessimistische Einschätzung waren zur Hauptsache die verwinkelten Grundrisse in der Küche und im Lagerbereich und die sich daraus ergebenden komplizierten Abläufe. Empfohlen hat sie entweder eine Restaurantkette (bei dieser werden die Essen angeliefert, aufgewärmt und serviert) oder ein Abendbetrieb (ein Betrieb mit eingeschränkten Öffnungszeiten und eingeschränktem Angebot).

Die landläufige Meinung, aus dem Tell werde problemlos ein florierender Betrieb, man müsse es nur richtig anpacken, muss deshalb mit grosser Vorsicht genossen werden.

Es ist gut vier Jahre her, seit der Grosse Gemeinderat die erste Volksmotion einstimmig bei ein paar Enthaltungen abgelehnt hat. Die Volksmotion hatte u. a. den Verkauf des Tell zum Gegenstand. Das Hauptargument, das zu der eindeutigen Ablehnung geführt hat, war die Tatsache, dass unsere Vereine auf einen Saal angewiesen sind. Der Gemeinderat hat vor vier Jahren aufgezeigt, dass die Vereine ihre Anlässe nicht problemlos in andern Sälen durchführen können. In den Schulen werden die Räume bis 22.00 Uhr zur Verfügung gestellt, bei der Kirchgemeinde gilt ein Alkoholverbot, und der Bären kann Vereine nicht bevorzugt behandeln. Neu ist jetzt bei der Motion die Idee, dass die Gemeinde den verkauften Tellaal für die Vereine wieder mieten könnte. Wir müssen aber davon ausgehen, dass der Tell-Wirt die gleichen Überlegungen machen würde wie der Bären, d. h. er möchte im Saal möglichst viel Umsatz machen. Vereinsanlässe generieren zum Teil wenig Umsatz, zum andern Teil möchten die Vereine selber wirtten und den Umsatz selber machen, weil das für sie eine wichtige Einnahmenquelle ist. Für den Wirt sind Vereinsanlässe des-

halb nicht besonders interessant und er wäre kaum bereit, die Vereine bevorzugt zu behandeln, d. h. für sie die besten Termine lange zum voraus zu reservieren.

Vor vier Jahren hat der Gemeinderat festgehalten, dass er mittelfristig den Verkauf des Tell ins Auge fasst, nämlich nach dem Bau einer Mehrzweckhalle. Den Tell zu behalten, bis für den Saal eine Alternative zur Verfügung steht, ist für den Gemeinderat nach wie vor richtig. Allerdings steht heute der Bau einer Mehrzweckhalle nicht im Vordergrund (vgl. Motion der CVP). Der Gemeinderat fasst aber ins Auge, ein Verwaltungszentrum entweder zu bauen oder zu mieten, und dieses Verwaltungszentrum mit einem Saal auszustatten. Wie lange es dauert, bis das Verwaltungszentrum realisiert werden kann, ist heute nach wie vor offen. Es gibt eine Möglichkeit, bei der es relativ rasch gehen könnte: Es liegt eine Anfrage der Firma Marazzi AG vor, ob die Gemeinde in der Küntigrube das Verwaltungszentrum realisieren wolle. Bis Ende Jahr wird der Gemeinderat entscheiden, ob er das Projekt weiter verfolgt. Im Vergleich zu den andern Standorten, die bisher für das Verwaltungszentrum diskutiert worden sind, ist die Küntigrube von den planerischen Voraussetzungen her der Standort, an dem das Verwaltungszentrum am schnellsten gebaut werden könnte.

Zurück zur Motion: Der Gemeinderat lehnt es entschieden ab, den Tell kurzfristig mit einem erheblichen Buchverlust zu verkaufen. Die Tell-Parzelle ist mit rund 5'000 m<sup>2</sup> eine Parzelle an ausgezeichneter Lage mit grossem Potenzial. Wenn die Parzelle in Zukunft neu überbaut werden kann, wird es darum gehen, eine Zentrumsnutzung zu realisieren, welche die Gemeinde in ihrer Entwicklung weiter bringt. Es wäre deshalb falsch, die für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde wichtige und wertvolle Parzelle jetzt einfach möglichst rasch abzustossen. Der Vollständigkeit wegen muss noch gesagt werden, dass die Tell-Parzelle kurzfristig nicht neu überbaut werden kann, weil die Gemeinde das Gebäude unter Schutz gestellt hat.

Aus den erwähnten Gründen lehnt der Gemeinderat die Motion ab, und er hält auch die Umwandlung in ein Postulat nicht für zweckmässig. Bezüglich kurzfristigen Verkauf gibt es aus Sicht des Gemeinderates keine Notwendigkeit, noch mehr zu prüfen, als schon geprüft worden ist. Aufgrund der aufgeführten Argumente, Fakten und Kostenschätzungen hält es der Gemeinderat für erwiesen, dass ein kurzfristiger Verkauf für die Gemeinde nicht erfolgversprechend sein kann.

Falls das Parlament dem Gemeinderat den Rücken stärken will bei der Absicht, den Tell mittelfristig zu verkaufen, hätte der Gemeinderat gegen ein entsprechend formuliertes Postulat nichts einzuwenden.

**Regula Unteregger (SP):** Ich bin froh um die gemeinderätliche Stellungnahme. Erlaubt sei mir noch eine Bemerkung. Im Motionstext wird erwähnt, dass OstermundigerInnen sich vor verschlossenen Telltüren wieder finden. Ich war zufälligerweise an diesem Abend anwesend, als das Personal über die Schliessung des Tells und damit verbunden die Kündigung ihres Arbeitsplatzes informiert worden sind. Kreideweiss und ratlos sass die Belegschaft im Tellgärtli. Zufälligerweise fand an diesem Abend unsere Fraktionssitzung statt. Wir setzten uns zu den Mitarbeitenden und suchten den Dialog. Da kamen ein paar Mitglieder der SVP vorbei und stellten fest, dass die

Türen zum Tell tatsächlich geschlossen sind. Daraufhin gingen diese Mitglieder wortlos von dannen.

Jetzt meldet sich die SVP zu Wort - mit dieser überstürzten Motion. Die Brasserie soll umgehend verkauft werden mit der Begründung, die aktuelle Pachtpolitik zeichnet kein Konzept für ein florierendes Restaurant. Es zeigt wenig Weitblick, wenn diese gescheiterte Sozialprojekt als verfehlte Pachtpolitik des Gemeinderates abgestempelt wird. Bei genauerer Betrachtung könnten allenfalls auch Managementfehler zum Thema werden. Doch diese Thematik ist nicht das Lieblingskind der bürgerlichen Parteien. Die Fehler, die zur Schliessung des Tells führten, müssen nun von der Belegschaft bezahlt werden!

Wir sind überzeugt davon, dass mit den heute gültigen Konditionen ein rentabler Restaurationsbetrieb und rentabler Saalbetrieb geführt werden kann. Doch es bedingt einen kompetenten Wirt und kompetente Verantwortliche, die in der Gastronomie versiert sind. Diese Personen muss nun der Gemeinderat suchen und finden. Ob die Restauration und die Saalvermietung zusammengelegt werden sollen, kann heute nicht beantwortet werden. Sicher hat sich der Wirt primär um die Gäste zu kümmern und darf nicht nur Viersternemenüs anbieten. Auch die Vereine sind für ihre Aktivitäten auf den Tellsaal angewiesen, solange keine Alternativen angeboten werden können. Die Idee der Abtrennung Restaurant/Saal wurde nicht von irgend einem „Schreibtischtäter“ erfunden. Ein ehemaliger Tell-Pächter machte bereits darauf aufmerksam, dass der Saalbetrieb mit den zur Verfügung stehenden Personalressourcen nicht rentabel geführt werden kann. Vereins- und Parteianlässe wurden zumeist ohne Bankettbestellung beim Wirt durchgeführt. Heute stellen wir fest, dass der Saalbetrieb im Jahre 2005 Fr. 100'000.-- erwirtschaftet hat.

Die SVP-Fraktion will völlig überstürzt den Restaurationsbetrieb veräussern, welcher erst kürzlich durch den Konkursfall in den Schlagzeilen war. Dies ist zumindest psychologisch für die Verkaufsbemühungen nicht förderlich. Dem nächsten Pächter sollen die gleichen Auflagen mit einem unrentablen Pachtbetrieb auferlegt werden. Die SVP scheint alles daran zu setzen, um bei diesem Geschäft maximale Gewinnminimierung einzufahren. Oder will sie den Tell „verscherbeln“ lassen?

Die Meinungsäusserungen im Zusammenhang mit der Mehrzweckhalle scheinen konzeptlos. Den Tell jetzt zu verkaufen, ohne auf der Suche nach Alternativen für die Vereine behilflich zu sein, ist wenig professionell. Der Verkauf des Tells stellt für die SP-Fraktion kein grundsätzliches Tabu dar. Dieser Verkauf kann dann ins Auge gefasst werden, wenn die Gemeinde im Sinne einer Mehrzweckhalle eine Alternative anbieten kann. Dies wird uns ermöglichen, die sich an bester Lage befindlichen Tellparzelle ohne Auflagen zu veräussern und einen ansprechenden Verkaufserlös einzufahren.

Aus diesen Gründen beantragen wir dem Parlament, die vorliegende Motion abzulehnen.

**Markus Egger (FDP):** Auch die FDP-Fraktion kann die Motion nicht unterstützen. Den detaillierten Ausführungen des Gemeindepräsidenten können wir zustimmen. Der Zeitpunkt für ein überstürztes Handeln ohne Konzept ist nicht gegeben. Die Gemeinde kann gegenüber ihren Vereinen die Verantwortung nur dann wahrnehmen, solange sie Eigentümerin des Tells ist. Es fehlen grundsätzlich die Alternativen.

**Christoph Künti (SVP):** Ich möchte zum Votum von Regula Unteregger noch etwas richtig stellen. An diesem Abend trat nicht die SVP-Fraktion vor die verschlossenen Telltüren. Ich war mit einer 15 köpfigen Vereinsdelegation aus Ostermündigen auf der Suche nach einem Umtrunk.

**Michael Meienhofer (FORUM):** Ich hoffe nicht, dass bei diesem Geschäft noch „Grabenkämpfe“ ausbrechen werden. Den Patienten „Tell“ kennen wir schon seit geraumer Zeit. Ich glaube, dass es nicht das erste und letzte Mal war, nicht den richtigen Pächter gefunden zu haben. Es hängt einzig und allein von den Auflagen des Gemeinderates ab, wie der Pächter den Tell zu führen hat. Es ist vielleicht verfrüht, jetzt über eine Sanierung des Tellsaals zu sprechen. Seit längerer Zeit diskutieren wir über den Verkauf und die Suche nach einer Ersatzlösung für den Saalbetrieb. Jetzt stehen wir „ohne Hosen“ da - wir müssen uns nun überlegen und entscheiden, die besten Schlüsse aus dem Debakel zu ziehen. Wollen wir weiterhin jährlich Geld für Minimal-sanierungen investieren oder suchen wir eine andere Lösung?

Ich schlage deshalb der Erstunterzeichnerin vor, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Wir müssen eine Lösung zugunsten des nächsten Wirts finden, damit dieser über längere Zeit den Tell führen kann. Das Parlament hat nie das Interesse kundgetan, den Tellsaal zu renovieren. Man war im Rat der Auffassung, mit dem stets älter werdenden Tellsaal leben zu können.

**Aliki Maria Panayides (SVP):** Wir sind bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Der neue Wortlaut wäre:

*Der Gemeinderat wird beauftragt, die Option eines Verkaufs des Tells weiterzuverfolgen.*

Die Idee dabei ist, dass die heutige Führung des Tells für die Gemeinde nicht rentabel sein kann. Die Interessen der Vereine sind zu berücksichtigen. Mittelfristig hat jedoch ein Verkauf der Liegenschaft stattzufinden. Als Hoteliertochter weiss ich, was von Gutachten von Hotelverbänden und Fachleuten zu halten ist. Die PraktikerInnen wissen es jedoch meistens besser.

**Renate Bolliger (EVP):** Den mittelfristigen Verkauf der Liegenschaft wie es der Gemeinderat empfiehlt, kann die EVP-Fraktion unterstützen. Wir würden ein Verwaltungszentrum mit einem grösseren zur Verfügung stehenden Raum begrüßen. Da-

mit können „zwei Fliegen auf einen Streich“ getilgt werden. Erst wenn dies realistisch wird, kann der Verkauf des Tells ins Auge gefasst werden.

**Peter Wegmann (FDP):** Der Tell ist ein grosses Projekt und ein Langzeitproblem für die Gemeinde. Regula Unteregger hat in ihrem Votum das richtige erwähnt. Auch ich kann mich daran erinnern, als das Fiasko mit dem Tell begann. Der richtige letzte langjährige „Beizer“ des Tells war Peter Schwarzentrub. Damals noch nach einem alten Konzept inkl. einem noch gewinnbringenden Tellsaal. Die Idee der Gemeinde, dass die Vereine den Tellsaal selber bewirtschaften können, war nicht falsch. Dieses Anliegen zugunsten der Vereine ist heute noch bestehend. Den ca. 100 Vereinen von Ostermündigen gegenüber stehen wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier in der Pflicht!

Der Gemeinderat hat ein Konzept ausgearbeitet, wie der Tellsaal anderweitig gewinnbringend vermarktet werden kann. Dies war nicht einfach, sind doch bereits viele Sachen im Tell veraltet. Es steht jedoch ausser Frage, dass solche Säle heute fast nirgends mehr gefunden werden. Aus diesem Grund dürfen wir die Vereine nicht ignorieren.

Auf der anderen Seite ist auch mit einem Postulat das Anliegen nicht aus der Welt geschafft. Vielleicht finden wir einmal einen grosszügigen Sponsor oder Investor, der für die Gemeinde eine Mehrzweckhalle einrichtet. Dem Raum Bern steht ein wunderbarer Fachmann in Bezug auf Sportanlagen und Liegenschaften zur Verfügung. Mit Herrn Marazzi ist seitens der Gemeinde einmal das Gespräch zu suchen.

Das Postulat ist unvollständig. Es ist traurig für alle die am Tell vorbei gehen und vor verschlossene Türen ankommen. Es ist auch traurig für jeden Verein, welcher im Tellsaal ein Lotto oder sonstiger Anlass veranstaltet - der Tell ist zu! Die Brasserie ist während eines Lottomatches immer gut besucht. Auch die Vereine werden mit dem heutigen traurigen Zustand gestraft. ☹

Ich möchte beliebt machen, dass wir einen kompetenten Wirten suchen, welcher etwas vom Metier versteht. Solche Personen können gefunden werden. Doch diesen Personen muss eine Chance eingeräumt werden. Buchhalterisch muss dem Pächter ein enorm hoher Zins verrechnet werden. Dies liegt aber nicht in der Möglichkeit und ergo sollte ein marktgerechter Einstiegspreis ausgehandelt werden. Bei Frau Karpis hat man das auch getan und sie erhielt von der Gemeinde einen „wunderbaren“ Pachtvertrag mit idealen Konditionen. Doch das war noch zu einer anderen Zeit. Heute hat sich die Situation geändert.

Es ist wichtig, dass wir den Tell wieder zum Leben reanimieren. Der Tell ist ein Restaurant mit einem der schönsten Gärten. Vielleicht kann auch ohne grossen finanziellen Aufwand etwas verändert werden. Die Küche ist nicht ganz einfach in ihrem Ablauf zu handhaben. Beim Zauberwort „Brasserie“ wurden Fehler gemacht und die Gemeinde hat sich beeinflussen lassen. Es gilt nun raschmöglichst auf eine gute Nutzung hinzuarbeiten.

**Regula Unteregger (SP):** Die Umwandlung der Motion in ein Postulat mit der Option eines Verkaufs des Tells bringt keine Verbesserung. Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass der Verkauf des Tells erst dann erfolgen darf, wenn ein definitiver Ersatzstandort gesichert ist. Solange dies nicht klar ist, darf auch die Option Verkauf nicht weiterverfolgt werden.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Ist die Meinung der SVP-Fraktion den mittelfristigen Tellverkauf, d. h. wenn die Gemeinde den Vereinen einen Ersatzstandort anbieten kann, an die Hand zu nehmen? Wenn ja, kann der Gemeinderat dieses Postulat entgegen nehmen.

**Aliki Maria Panayides (SVP):** Ja, dem ist so.

**Andreas Thomann (SP):** Ist es wirklich günstig, jetzt möglichst schnell einen guten Wirt zu finden und dass mit dem Verkauf des Tells im Hinterkopf? Diese Konstellation sollte von allen Anwesenden vor der Abstimmung überdacht werden.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Die Aussage stimmt. Bevor wir im Gemeinderat über eine Vermietung diskutieren, muss bekannt sein, was „mittelfristig“ für eine Zeitspanne ist. Bis Ende Jahr fällt der Gemeinderat einen Vorentscheid in Bezug auf den Standort eines Verwaltungszentrums in der Küntigrube. Erst dann kann eine Abschätzung über die Frist für den Tellverkauf vorgenommen werden. Ein Wirt muss wissen, wie lange er sein Geschäft mieten kann.

**Ratspräsident:** Zum vorliegenden Geschäft liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 18 zu 11 Stimmen den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Die Motion der SVP-Fraktion betreffend Tell verkaufen wird begründet, in ein Postulat umgewandelt und anschliessend abgelehnt.

5

---

<sup>5</sup> Claudine Basler verlässt um 21.35 Uhr die Sitzung. Neu sind noch **32** Ratsmitglieder anwesend.

78	10.373	Postulate
	42.243	Leitungsnetz; Hauptleitungen, Unterhalt
	42.313	Abwasseranlagen; Unterhalt

### **Überparteiliches Postulat betreffend Konzept und Rahmenkredit für die Sanierung des Leitungsnetzes; Begründung**

#### **Wortlaut**

*Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, wie für die Sanierung des Wasser- und Abwasserleitungsnetzes ein Konzept mit einem Rahmenkredit für den Zeitraum 2007 - 2012 vorgelegt werden kann mit den Hauptaussagen:*

1. *Ertrag aus Gebühren*
  - a) *für Hausanschlüsse und Wasserlieferung*
  - b) *für Hausanschlüsse und Abwassermengen*
2. *Unterhaltskosten*
3. *Betriebskosten*
4. *Ersatzinvestitionen*
5. *Kennzahlen für Bau-, Unterhalts- und Betriebskosten*

*Notwendige Neuinvestitionen sollen mit den Vorlagen für Zonenplanänderungen mit einem Schätzwert ausgewiesen werden und zu einem frühest möglichen Zeitpunkt z. B. mit dem Quartierplanverfahren in möglichst grossen Tranchen beantragt werden.*

#### **Begründung**

- *Dem Grossen Gemeinderat werden bis anhin Vorlagen mit vielen technischen Details, aber wenig bis keinem Handlungsspielraum unterbreitet.*
- *Es wird in den Vorlagen nicht aufgezeigt, wie der Einfluss der grossen Investitionen sich auf die mittel- bis langfristige Entwicklung der Spezialfinanzierungen auswirkt. Dem GGR fehlen damit wichtige Entscheidungsgrundlagen für Einzelinvestitionen.*
- *Es wird bis anhin nicht dargestellt, wie effektiv und wie effizient unsere Gemeindebetriebe im Vergleich zu Gemeinden ähnlicher Grösse und Qualität arbeiten.*

*Mit diesem Postulat beabsichtigt der Grosse Gemeinderat, dass er für den Rest dieser und der ganzen folgenden Legislatur die Ersatzinvestitionen und die Unterhalts- und Betriebskosten in einer gut vorbereiteten und transparenten Vorlage unterbreitet erhält.*

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 26. Oktober 2006

---

*Ein auf dieser Grundlage einmal gesprochener Rahmenkredit würde es dem Gemeinderat mit der Verwaltung ermöglichen, Betrieb, Unterhalt und Sanierung der gemeindeeigenen Leitungsnetze in einem klar definierten Rahmen selbständig zu gestalten und zu optimieren. Der GGR will nicht mehr in die Entscheidprozedur des oft terminkritischen, operativen Geschäftes eingebunden sein. Hingegen muss er seine Verantwortung für die demokratische Kontrolle nach wie vor wahrnehmen können. Ein damit notwendiges stufengerechtes Controlling müsste von der GPK als Oberaufsicht periodisch überprüft werden können.*

*Die UnterzeichnerInnen haben für diesen Vorstoss das Postulat gewählt, damit der Gemeinderat seinen Vorgehensplan mit dem Vorgehen im Projekt „Behörden- und Verwaltungsreform“ koordinieren kann.*

**Heinz Gfeller (FDP):** Der Rat weiss, wie das Geschäft bei technischen Vorlagen abgewickelt wird. Das Ganze erinnert mich an das Komikerduo „Ursus & Nadeschkin“, welche in einer Sketchnummer ein Bild aufräumen. Auch bei der Beurteilung von Investitionsvorlagen müssen Bereinigungen vorgenommen werden. Einmal pro Jahr werden dem GGR der Voranschlag, die Rechnung und der Investitionsplan vorgestellt. Zwischenzeitlich werden dem Rat Einzelinvestitionen mit vielen technischen Details zur Kreditgenehmigung vorgestellt. Neuinvestitionen und Ersatzinvestitionen sind oftmals noch vermischt. Die Gemeindebetriebe weisen im Verwaltungsbericht einzelne Kennzahlen als viertes Element aus.

Uns fehlt bei umfangreichen Investitionsvorhaben ein Gesamtüberblick. Oftmals besteht das Risiko der zeitlichen Abhängigkeit mit andern Werken. Die Verwaltung hat das Ziel, eine Botschaft zu formulieren, welche sowohl vom Gemeinderat wie vom Grossen Gemeinderat genehmigt werden sollte.

Das Ziel des Postulates ist es, der Verwaltung wie dem Gemeinderat Raum für kundenorientiertes Arbeiten zu ermöglichen. Dazu gehört auch, dass der Grosse Gemeinderat mit strategisch wichtigen Informationen für einen strategisch wichtigen Entscheid beliefert wird. Eine Erfolgskontrolle auf allen Stufen soll etabliert werden und Transparenz ermöglichen. Anlass des Postulates war eine Motion der EVP-Fraktion. Besten Dank der EVP für die Möglichkeitsschaffung heute dieses Postulat einreichen zu können. Ich freue mich bereits jetzt, einen weiteren Schritt einleiten zu können. Viele Elemente laufen heute parallel und diese gilt es nun zusammen zu führen. Vor allem der Fokus auf die operativ schaffenden Stellen muss richtig gesetzt werden.

**Norbert Riesen (SP):** Die SP-Fraktion unterstützt das überparteiliche Postulat von den Zielsetzungen her. Heinz, du hast jetzt ganze 7 Minuten blumig und farbig gesprochen. Da kam mir die folgende Idee: Die FDP-Fraktion hat keine Frau mehr in ihren Reihen, dafür mit Heinz Gfeller ein „Trudi Gerster“! <sup>6</sup> ☺ ☺ ☺

---

<sup>6</sup> Geb. 6.9.1919 St. Gallen, ... als "Märchenfee" an der Landesausstellung in Zürich engagiert, ab den 1940er Jahren Produktion von Märchen- und Hörspielsendungen bei Schweizer Radio DRS. G. mach-

**Gemeinderat Peter Suter (SVP):** Der Gemeinderat dankt den Unterzeichnenden für diesen Vorstoss. Das Postulat stösst offene Türen ein, da seitens der Gemeindebetriebe schon seit längerem der Wunsch nach einem Rahmenkredit besteht. Je länger je mehr verhindert der lange Entscheidungsweg ein rasches und flexibles Handeln, um auf aktuelle Bautätigkeiten technisch wie wirtschaftlich und zeitgerecht optimal eingehen zu können. Zudem sind die meisten Investitionen gebunden, in den seltensten Fällen politisch relevant und somit unumstritten. Da fast alle Investitionen in die Finanzkompetenz des GGR fallen, belasten die vielen, durch die rege Bautätigkeit verursachten Projekte, die Verwaltung, die Legislative und die Exekutive in starkem Ausmass.

Der Gemeinderat will die bestmöglichen Grundlagen zur Entscheidungsfindung erarbeiten damit er dem GGR eine seriöse Vorlage unterbreiten kann, stets mit dem Ziel den Bedürfnissen der Gemeinde und somit den Kunden optimal zu dienen. Dazu sind jedoch noch umfangreiche Abklärungen nötig. Ein Schnellschuss wäre absolut fehl am Platz. Der Gemeinderat will deshalb genügend Zeit reservieren, um alle Eventualitäten zu berücksichtigen. Dazu nachstehend ein paar Stichworte :

- Investitionsbedarf gem. Finanzplan für die Jahre 2007 - 2012
- Koordination mit Massnahmenplan Strassenerhalt MSE und übrigen Werken
- Umgang mit Mehrkosten und zusätzlich nötigen Investitionen
- Unterhalts- und Betriebskosten, Controlling/Reporting
- etc.

Unter Berücksichtigung der oben vorgeschlagenen Vorgehensweise ist der Gemeinderat bereit, das Postulat entgegen zu nehmen.

**Heinz Gfeller (FDP):** Also einen Rock trage ich nicht. Aber in den Märchen steckt immer ein Quäntchen Wahrheit!

**Ratspräsident:** Zum Postulat liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 31 zu 0 Stimmen den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Das überparteiliche Postulat betreffend Konzept und Rahmenkredit für die Sanierung des Leitungsnetzes wird erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen.

79 M Mitteilungen

**Personen- und Objektsicherheit in Schulanlagen; Stand der Abklärungen mit der GVB - Orientierung des Gemeinderates**

**Egon Julmi (FDP):** An seiner Sitzung vom 7. September 2006 hat der GGR den Kreditantrag über Fr. 350'000.-- für die Umsetzung der von der kantonalen Gebäudeversicherung (GVB) geforderten Brand- und Personenschutzmassnahmen mit dem Auftrag zurückgewiesen:

- a. *Die von der GVB geforderten Brandschutzmassnahmen an den Schulanlagen sind mit einem Brandschutzsachverständigen zu überprüfen, wobei die vorgeschlagenen Massnahmen auf das für die jeweilige Anlage definierte Schutzziel zu hinterfragen ist.*
- b. *Die Sofortmassnahmen wie Handfeuerlöcher, Signalisation und Instruktion von Nutzerinnen und Nutzern sowie die Ausbildung der Schulwarte sei zu Lasten des laufenden Unterhaltbudgets resp. Schulungsbudgets auszuführen.*
- c. *Das in diesem Sinne überarbeitete Geschäft noch in diesem Jahr dem GGR erneut vorzulegen.*

Vom Hochbauamt wurden folgende Arbeitsschritte ausgeführt respektive in Auftrag gegeben:

- Kontaktnahme mit der GVB und Besprechung über das weitere Vorgehen. Die GVB hält an ihrem Massnahmekatalog fest. Sie bestätigt aber die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit einem dritten Brandschutzsachverständigen.
- Über die erwähnten Einsparungen von Ittigen haben wir uns mit dem dortigen Baudepartement in Verbindung gesetzt. Nach Auskunft hat die Einschaltung eines Fachmannes aus ihrer Sicht einige geringe Verbesserungen hinsichtlich Kosten gebracht.
- Kontaktnahme mit dem Brandschutzsachverständigen und Feueraufseher der Gemeinde Ostermundigen. Bitte um eine Stellungnahme zur Sache und Übermittlung des gesamten Dossiers zwecks Studium der Sachlage (1 Bundesordner).
- Eingang der Stellungnahme von Herrn Rolf Wenger mit der Aussage, dass aus seiner Sicht die Überprüfung der geforderten Massnahmen Sinn machen. Verbesserungen werden in Aussicht gestellt.
- Auftrag an Herrn Wenger, eine Offerte zu erstellen, worin der Arbeitsaufwand, die Honorarkosten und der Zeitbedarf für die Überprüfung der Brandschutzmassnahmen angegeben werden.
- Der Offerteneingang erfolgt verspätet am 19.10.2006. Im wesentlichen können folgenden Kernaussagen gemacht werden:

- Der Stundenaufwand für die Überprüfung der Massnahmen, deren Besprechung vor Ort mit einer Vertretung der GVB und die Neuberechnung der Kosten beträgt ca. 50 Arbeitsstunden.
- Die geschätzten Kosten betragen dabei (50 Std.) x (Fr./Std. 120.--) = ca. Fr. 6'000.--(ohne MWSt. und Nebenkosten). Nach Ansicht von Herr Wenger sind die zu erwartenden Einsparungen grösser als der vorerwähnte Aufwand, so dass sich die Überprüfung in diesem Sinn lohnen könnte.
- Der Zeitbedarf wird mit einem guten Monat angegeben. Rolf Wenger nennt Ende November als möglichen Zeitpunkt für die Abgabe der neuen Berechnungen.

### *Schlussfolgerungen*

Es ist offensichtlich, dass bei Abgabe der Resultate der Überprüfung Ende November dieses Geschäft nicht wie vorgesehen dem Parlament noch in diesem Jahr vorgelegt werden kann. Der Hochbauamt sieht deshalb vor, die überarbeitete Botschaft in die erste oder zweite Parlamentssitzung im Jahr 2007 zu bringen.

Das Parlament wird in diesem Sinn um Verständnis und Kenntnisnahme für die erwähnte Terminsituation gebeten.

80 10.372 Motionen  
10.2340 Internet / früher 10.1115\*

**Motion der EVP-Fraktion betreffend Neugestaltung der Internet-Homepage der Gemeinde Ostermundigen; *parlamentarischer Neueingang***

***Wortlaut***

Der Gemeinderat wird beauftragt, den Internetauftritt der Gemeinde Ostermundigen neu zu gestalten und zu aktualisieren.

***Begründung***

Die Homepage der Gemeinde Ostermundigen ist ein Aschenputtel unter den Internet-Auftritten anderer Gemeinden. Das überwiegende Grau/Rauchblau der Seiten und vor allem auch die Titelseite sind wenig ansprechend und werben nicht für Ostermundigen. Zudem sind auch beim strukturellen Aufbau Anpassungen notwendig, mit dem Ziel, dass die BenutzerInnen schnellen Zugriff auf gewünschte Informationen haben.

Es besteht die Absicht der Gemeinde, Ostermundigen für neue und vor allem zahlungskräftige EinwohnerInnen attraktiv zu machen. Dies sollte sich auch im Internetauftritt zeigen. Denn Ostermundigen hat einiges zu bieten, das - ins rechte Licht gerückt - sehr anziehend ist.

Die Neugestaltung des Internetauftrittes könnte als Projekt für die Informatiklernenden der Gemeindeverwaltung Ostermundigen in Auftrag gegeben werden. Die Lernenden lernen so die Verwaltung sehr gut kennen, können eigene Ideen verwirklichen und die Kosten für die Gemeinde sind tragbar.

Eingereicht am 26. Oktober 2006

sig. R. Wagner  
B. Schröter  
R. Bolliger

81 10.373 Postulate

**Postulat der FORUM-Fraktion betreffend die Beschaffung von Fremdgeld bei der eigenen Bevölkerung; *parlamentarischer Neueingang***

***Wortlaut***

Im Interesse von Bevölkerung und Gemeinde ist der Gemeinderat eingeladen, die folgenden Vorschläge zur Beschaffung von Fremdkapital zu prüfen:

- die Führung einer Gemeindesparkasse (allenfalls zusammen mit anderen Gemeinden)
- die Herausgabe von „Kassenobligationen-ähnlichen“ Titeln (z. B. Stückelung Fr. 10'000.--, mit allenfalls variablem Zinssatz, der 1 % unter dem durchschnittlichen Zinssatz der bisherigen Geldgeber liegt oder sich an den Hypothekarzinsen orientiert)
- andere Vorgehen bzw. Verfahren, die - allenfalls in Zusammenarbeit mit Dritten - zu analogen Ergebnissen führen.

***Begründung***

Ausgehend vom Beispiel, dass 10 Mio. Franken Fremdgeld (500 Geldgeber à Fr. 20'000.--) zu einem um 1 % tieferen Zinssatz (= Fr. 100'000.--) beschaffbar sind, ist es bei einem hoch geschätzten jährlichen Verwaltungsaufwand von Fr. 50'000.-- möglich, sowohl den jährlichen Zinsaufwand der Gemeinde um Fr. 50'000.-- zu verringern als auch bei den Geldgebern aus der Bevölkerung Mehrerträge von Fr. 100'000.-- (z. B. bei 2,5 statt 1,5 % Aktivzins) zu generieren, die entweder das steuerbare Einkommen/Vermögen erhöhen oder im Interesse der Wirtschaft den Konsum stimulieren.

Der grössere Teil der Aktiven der Gemeinde Ostermundigen ist mit Fremdkapital finanziert, das verzinst werden muss. Den Geldgebern hat die Gemeinde zurzeit für die mittel- und langfristigen Schulden jährlich Zinsen im Betrag von 2,5 Mio. Franken zu bezahlen, die soweit möglich an die Verursacher belastet werden.

Die Bevölkerung wird seit längerer Zeit für ihre Spargelder bezüglich Zinssatz äusserst knapp gehalten. Grosse Sparanreize gibt es nicht. In Ausnahmefällen gehen sogar Spargelder verloren. Jung und Alt muss erleben, dass der Zinsertrag - wenn überhaupt - noch knapp ausreicht, um die Teuerung und die Gebühren auszugleichen. Wer höhere Kapitalerträge erzielen will, muss Risiken eingehen. Geldverluste der Bevölkerung können jedoch nicht nur das Risiko der öffentlichen Hand betr. Leistung von Unterstütsungsbeiträgen erhöhen; auch die Zahlungsmoral (z. B. für Steuern, Krankenkasse, Rechnungen von Dritten) wird negativ beeinflusst.

Die öffentliche Hand sollte daran interessiert sein, dass Spargelder risikolos und zu guten Zinssätzen angelegt werden können. Tiefe Zinssätze wirken sich negativ auf den Sparwillen und aufs steuerbare Einkommen/Vermögen aus, was bei allen Bezü-

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 26. Oktober 2006

---

gern von Steuern (Bund, Kanton, Gemeinde, Kirchen, Feuerwehr) zu tieferen Erträgen führt.

Das von Banken via Kassen-Obligationen beschaffte Geld ist mit fixem Zinssatz zur Rückzahlung auf ein oder mehrere Jahre, mit Wiedieranlage-Möglichkeit zu neuen Konditionen terminiert. Statt die Zinsen jährlich auszubezahlen, werden sie auf Wunsch des Geldgebers zusammen mit der Fälligkeit der Schuld zurück bezahlt. Der EDV-unterstützte Aufwand für die Verwaltung von „Kassenobligationen-ähnlichen Titeln“ dürfte darum gering sein.

Fremdgeld-Beschaffung bei der eigenen Bevölkerung wird die Standort-Attraktivität einer Gemeinde erhöhen.

Eingereicht am 26.10.2006

sig. Walter Bruderer  
Marco Mantarro  
Michael Meienhofer

82 10.374 Interpellationen  
10.2203 Arbeitszone „Mösli“

**Interpellation der FORUM-Fraktion betreffend der Arbeitszone Mösli; parlamentarischer Neueingang**

**Wortlaut**

Am 12.02.2002 hat der Grosse Gemeinderat die Zonenplanänderung genehmigt. Im Artikel 63a des Baureglements und den zusätzlich erhaltenen Dokumenten wurde festgehalten:

- Zone ist für Gewerbe-, Dienstleistungs- und Industrienutzung bestimmt
- Läden und Freizeitflächen sind nur in der unteren Bebauungsebene zulässig
- Es sind nur Ladengeschäfte mit Flächen <1000 m<sup>2</sup> möglich
- Energieversorgung: nach einem von der Gemeinde zu genehmigenden Konzept
- Fläche der Arbeitszone = 29'095 m<sup>2</sup>
- Bauvolumen = 317'113 m<sup>3</sup>
- Bruttogeschossfläche = 92'371 m<sup>2</sup>
- Hohe Ausnützung des Grundstücks
- 8 turmartige Bauten bis 40 m Höhe
- Umfahrungsstrasse: 20 m Freihalteraum für allfälligen Ausbau nötig
- Einkaufs- und Freizeitnutzungen verursachen grosses Verkehrsvolumen
- Die Planung „ESP Wankdorf“ sieht Verkehrskapazitätssteigerung um bis zu 30 % vor.

**Fragen**

1. Wer in Ostermundigen ist zuständig für Änderungen in den Richtplänen des Ostermundiger Verkehrskonzepts?
2. Wird nur die laut AZM-Zonenplan ausgeschiedene Fläche benützt?
3. Sind alle Voraussetzungen gemäss ESP-Wankdorf-Verkehrsplanung bereits erfüllt, um u. a. die Umfahrungsstrasse um bis zu 30 % leistungsfähiger zu machen?
4. Weshalb kommt der Gemeinderat zum Schluss, dass sich ein zusätzlicher Kreislauf auf alle übrigen Ostermundiger Strassen positiv auswirkt?
5. Wie und wann wird der öV zum AZM ausgebaut (bei welchen Kosten)?

6. Wird die neue AZM

- 6.1 den geplanten hohen Ausnützungsgrad fürs Grundstück aufweisen?
- 6.2 Parkieranlagen erhalten, die Mehrfachnutzungen zulassen (ggf. in welchem Umfang)?
- 6.3 wesentlich höhere Steuereinnahmen bringen?
- 6.4 zur prognostizierten Menge an Arbeitsplätzen führen?

Eingereicht am 26. Oktober 2006

sig. W. Bruderer  
M. Meienhofer  
M. Mantarro

83     10.375     Einfache Anfragen  
       30.131     Drahtfernsehnetz

**Einfache Anfrage Daniel Kirchhofer (SD) betreffend Rüti-Tram; *parlamentarischer Neueingang***

***Wortlaut***

Noch immer ist es unklar, ob Bern Mobil das Projekt Rüti-Tram realisieren will. Obwohl der Bus bis zur Rüti fährt?

***Fragen:***

1. Was würde aus Sicht des Gemeinderates das Tram bis zur Rüti bringen, welche Vorteile hätte es?
2. Welche Nachteile bringt das Tram bis zur Rüti?

Eingereicht am 26. Oktober 2006

sig. D. Kirchhofer

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 26. Oktober 2006

---

84 10.375 Einfache Anfragen  
10.2013 Tram, BernMobil (SVB)

**Einfache Anfrage Michael Meienhofer (FORUM) betreffend die zukünftige Bewirtschaftung des Kabelnetzes (Cablecom) auf Gemeindegebiet; *parlamentarischer Neueingang***

***Wortlaut***

Wie aus verschiedenen Medienmitteilungen zu erfahren ist, beabsichtigt die Cablecom eine Umstellung von analoger zu digitaler Verbreitung von TV-/Radioprogrammen. Eine dadurch entstehende massive Verteuerung des Angebotes für den/die BenutzerIn wird stattfinden. Ein diesbezügliches Verfahren ist beim Preisüberwacher hängig.

***Fragen***

1. Besteht die Möglichkeit durch die Gemeinde, zukünftig auf eine kostengünstige Verbreitung der betreffenden Angebote einzuwirken?
2. Kann sich der Gemeinderat vorstellen, im Interesse der Bevölkerung eine solche Kabelnetzanlage selber zu betreiben, um Monopolstellungen privater Anbieter zu verhindern?
3. Können bestehende Vorschriften über Satellitenempfänger-Anlagen angepasst bzw. gelockert werden? Kabelverbundanlagen für neue Technologien müssten sonst von den BenutzerInnen mit grossem Aufwand aufgerüstet oder/und finanziert werden.

Eingereicht am 26. Oktober 2006

sig. Michael Meienhofer

**NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES**

Der Präsident:

Der Ratssekretär:

Erich Blaser

Jürg Kumli

Die Stimmzählenden:

Maria Anna Baumann

Markus Truog